



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 6/7
Dienstag, 26. Juni 2007
16:00 - 18.30 Uhr, erster Teil
19.30 - 21:24 Uhr, zweiter Teil
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt: Auf dem Zirkulationsweg am 10.07.07

Vorsitz:	Alfred Tappolet	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Theresia Derksen Rolf Amstad	CVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 46 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Roland Schöttle Urs Tanner Edgar Zehnder	Parteilos SP SVP
Anfang der Sitzung: Erster Teil der Sitzung:	SR Veronika Heller Christian Hablützel Marianne Schwyn	Finanzreferentin SP SP
Schluss der Sitzung: Zweiter Teil der Sitzung:	Peter Neukomm Rainer Schmidig	SP EVP

TRAKTANDEN

1	VdSR Begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene	Seite	171
2	VdSR Zonenplanänderung Nr. 2 Herblingertal (Teilflächen von GB Nr. 21'130 und GB Nr. 21'719)	Seite	182
3	Jahresrechnung 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV/Geschäftsbericht des Stadtrates zur Kenntnis	Seite	200
4	Postulat Christoph Lenz (AL): Schaffung von Übungsräumen	Nicht behandelt	

5	Postulat Christoph Lenz (AL): Abbruchhäuser als Sprayerflächen	Nicht behandelt
6	Motion Edgar Zehnder (SVP): Mehrnutzen durch Neuansiedlungen	Nicht behandelt

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

31.07.06	VdSR vom 4. Juli 2006: Einführung WoV-Betrieb nach den Bedürfnissen der Stadt Schaffhausen	SPK
21.11.06	VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 1 im Baurecht	GPK
18.02.07	Postulat Christoph Lenz (AL): Schaffung von Übungsräumen	
21.03.07	Postulat Christoph Lenz (AL): Abbruchhäuser als Sprayerflächen	
11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
10.04.07	VdSR Bericht über die hängigen Motionen	GPK
24.10.07	VdSR Verkauf der Parzelle GB Nr. 11'725 „Artilleriestrasse“	GPK
08.05.07	VdSR Sanierung und Ersatzneubau Künzle-Heim	SPK
08.05.07	VdSR Abgabe der Liegenschaft „Logierhaus“ auf GB Nr. 5736 im Baurecht an die International School of Schaffhausen	SPK
15.05.07	VdSR Zonenplanänderung Nr. 2 Herblingental (Teilflächen von GB Nr. 21130 und GB Nr. 21719)	SPK
15.05.07	Motion Edgar Zehnder (SVP): Mehrnutzen durch Neuansiedlungen	
15.05.07	Postulat Daniel Preisig (SVP): Boulecardcafés auf dem Herrenacker – Ein Sommertraum	
22.05.07	Motion Peter Neukomm (SP): Energie- und Klimaschutzkonzept	
25.05.07	Postulat Marianne Schwyn (SP): Betreffend verbindlichem MINERGIE-Standard für öffentliche Bauten und der Förderung der MINERGIE-Bauweise bei privaten Bauten	
29.05.07	VdSR Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone „Vorderes Mühletal“ und Zonenplanänderung Nr. 1 „Vorderes Mühletal“ (Teilflächen von GB Nr. 1700 und GB Nr. 1665)	SPK
05.06.07	VdSR Verkauf der Parzelle GB Nr. 6468 „Hofackerstrasse 3“	GPK
19.06.07	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen	

2007 Kleine Anfragen:

4	Daniel Preisig (JSVP)	Veranstaltungen in der Altstadt: Reine Lärmproduktion oder Standortvorteil?	24.02.07
5	Christoph Lenz (AL)	Videoüberwachung	21.03.07
7	Simon Stocker (AL)	Jugendleitbild, Jugendförderung, Jugendkultur	02.04.07
8	Peter Neukomm (SP)	Krisenintervention in städtischen Schulen	04.04.07
9	Mariann Keller (SP)/Kurt Zubler (SP)	Velokurier, Nutzung eines ökologischen Transportmittels	06.05.07
10	Andres Bächtold (SP)	Verwendung von FSC-zertifizierten Holzprodukten	22.05.07

11	Andres Bächtold (SP)	Effizienz der Gasbeleuchtung	12.06.07
12	Simon Stocker (AL)	Standaktion der NAGRA auf dem Fronwagplatz	21.06.07

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 **VdSR Begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 3. April 2007, die SPK-Änderung zu Antrag 5 sowie den ergänzten Antrag 7 mit **42 : 2 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 3. April 2007 betreffend Einrichtung von begleitetem Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Eröffnung der neuen Finanzstelle 5484, begleitetem Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene.
3. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Baukredit von Fr. 10'000.-- zu Lasten der Finanzstelle 5484.
4. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die nötige Infrastruktur einen Kredit von Fr. 20'000.-- zu Lasten der Finanzstelle 5484.
5. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Betriebskosten (inkl. Personalkosten) einen Betrag von netto Fr. 30'000.-- zu Lasten der Finanzstelle 5484.
6. Der Grosse Stadtrat nimmt davon Kenntnis, dass die Betriebskosten für die Jugend-WG unter der Kontonummer 5484 ab 2008 im ordentlichen Budget erscheinen.
7. Ein begleitetes Reporting entscheidet ab 2011 über den definitiven Betrieb. Dem Grossen Stadtrat wird Ende November 2007 ein Bericht über die Testphase unterbreitet.

Traktandum 2 **VdSR Zonenplanänderung Nr. 2 Herblingertal (Teilflächen von GB Nr. 21130 und GB Nr. 21719)**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 15. Mai 2007 und die Streichung des Antrages 4 mit **46 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. Mai 2007 betreffend Zonenplanänderung Nr. 2 Herblingertal.

2. Der Grosse Stadtrat stimmt der beantragten Umzonung von ca. 31'608 m² von GB Nr. 21130 und ca. 2837 m² von GB Nr. 21719 von der Industriezone in die Industriezone mit Dienstleistungen zu.
3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, im Zusammenhang mit der Zonenplanänderung mit der Bauherrschaft des „FCS-Parks“ einen verwaltungsrechtlichen Vertrag mit folgenden Eckpunkten abzuschliessen:
 - Festlegung der Beteiligung an den Kosten für den Ausbau der Infrastruktur (MIV/ÖV) und des Beitrags an den Fonds zur Attraktivierung der Altstadt in Form eines Pauschalbetrages – im Sinne der Planungssicherheit für die Bauherrschaft. Die Höhe des Beitrags ist – nach Vorliegen verlässlicher Kostenschätzungen für den Infrastrukturausbau – noch zu bestimmen.
 - Festlegung einer verbindlichen Obergrenze für die Verkaufsflächen
 - Festlegung des anzustrebenden Nutzungsmixes im Einkaufszentrum: In erster Linie Geschäfte mit Produktgruppen, welche die Altstadt nicht konkurrenzieren (Möbel, Baumarkt etc.) und Nutzungen, welche in Schaffhausen bisher unterdurchschnittlich vertreten sind (z.B. Möbel).
 - Bezeichnung von weiteren Nutzungen im Stadion, mit Art, Dauer und jährlicher Anzahl. Weitere Sportveranstaltungen sind erwünscht (Fussballspiele, Schwingerfest, Turnfest etc.), Konzertveranstaltungen sind nur in begrenzter Zahl und mit entsprechenden Auflagen denkbar.
 - Festlegung eines Minimalanteils an erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch (Strom und Wärme)

Traktandum 3 Jahresrechnung 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV Geschäftsbericht des Stadtrates 2006

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Jahresrechnung 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit **44 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Die vorliegende Rechnung 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Die Mehrausgaben in Höhe von Fr. 70'000.-- für die Defizitdeckung der Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft KSS (Pos. 3480.364.000) werden genehmigt.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident Alfred Tappolet (SVP)** eröffnet die Doppelratssitzung Nr. 6/7 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

Der **Ratspräsident** informiert über einen weiteren Rücktritt im Grossen Stadtrat. Marlies Besio (CVP) hat mit Datum 04.06.07 ihren Rücktritt bekannt gegeben. Die Würdigung ihrer politischen Tätigkeit durch den Ratspräsidenten erfolgt am Schluss der Ratssitzung. Der Glückskäfer auf den Pulten der Ratsmitglieder ist das Abschiedsgeschenk von Marlies Besio.

MITTEILUNGEN DES RATSPRÄSIDENTEN:

"Am vorletzten Wochenende hat das Strassenfest unserer Partnerstadt in Sindelfingen stattgefunden. Ich möchte Ihnen die Grüsse der Stadtregierung, allen voran von Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer überbringen. Vorgängig des Strassenfestes wurden kommunalpolitische Fachgespräche aller Partnerstädte von Sindelfingen über die Anstrengungen zur Reduktion des Ausstosses von Klimagasen geführt. Es waren nebst Schaffhausen folgende Städte vertreten:

Chelm in Polen
Győr in Ungarn
Sondrio in Italien
Torgau in der ehem. DDR
Corbeil-Essons in Frankreich
Dornfield in England

Stadtrat Peter Käpler hat mit grosser Kompetenz unsere Anstrengungen als Energiestadt vertreten. Die Gespräche haben einmal mehr gezeigt, wie gross die Unterschiede zwischen den einzelnen Städten sind. Es wurde aber klar, dass die Reduktion der Klimagase ein Thema ist, das in allen Regierungen bewusst zur Kenntnis genommen wird.

Ein Besuch der Daimler-Chrysler Werke in Sindelfingen war sehr eindrücklich. Dass die 40'000 Mitarbeiter dieser Werke für die Stadt Sindelfingen mit rund 60'000 Einwohnern grosse verkehrstechnische Probleme mit sich bringen, versteht sich von selbst. Das Lösen dieser Probleme ist eine grosse Zukunftsaufgabe der Stadt.

Ich möchte an dieser Stelle der Stadtkanzlei und vor allem Rolf Amstad herzlich für das Engagement danken, das er jedes Jahr auf sich nimmt, unsere Stadt in bestem Lichte zu präsentieren. Ich hoffe natürlich, dass sich Schaffhausen Tourismus in Zukunft vermehrt solcher Aufgaben annehmen kann. Tourismuswerbung in Sindelfingen wäre sehr viel erfolgsversprechender als an der Herbstmesse in Schaffhausen. Ebenso hoffe ich, dass sich das Blauburgunderland den Sindelfingern nächstes Jahr präsentieren könnte.

Das Büro hat seinen Ausflug ebenfalls hinter sich. Die interessante Reise führte uns ins Appenzellerland. Wir haben die Marketingbemühungen der Appenzeller für ihre Produkte hautnah erleben können. Der neue Ratspräsident vom Appenzeller-Parlament lässt Schaffhausen herzlich grüssen. Er hat uns sehr interessante und neue Aspekte des Appenzeller Parlamentbetriebes erläutert. Dass uns wegen der angeblichen Arbeitsüberlastung niemand vom Stadtrat begleitet hat, kann ich verstehen. Dass aber unser Ausflug von der Finanzreferentin als ein in der

„Landschaft Herumgondeln“ bezeichnet wird, hat mich doch sehr enttäuscht.“

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- KSS Jahresbericht 2006, Sport- und Freizeitanlagen Schaffhausen
- newsletter Wirtschaftsförderung Ausgabe Mai 2007
- Postulat Daniel Preisig (JSVP) vom 15.05.07: Boulevardcafés auf dem Herrenacker, ein Sommertraum
- Postulat Marianne Schwyn (SP) vom 25.06.07: Postulat betreffend verbindlichem Minergie-Standard für öffentliche Bauten und der Förderung der Minergie-Bauweise bei privaten Bauten
- Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP) vom 19.06.07: Sport- und Freizeitanlagenkonzept wird aufgelegt an der Ratssitzung
- Motion Peter Neukomm (SP) vom 22.05.07: Energie- und Klimaschutzkonzept
- Motion Edgar Zehnder (SVP) vom 02.05.07: Mehrnutzen durch Neuansiedlungen
- Kleine Anfrage Nr. 10/2007 von Andres Bächtold (SP) vom 22.05.07: Verwendung von FSC-zertifizierten Holzprodukten
- Kleine Anfrage Nr. 11/2007 von Andres Bächtold (SP) vom 12.06.07: Effizienz der Gasbeleuchtung
- Antwort des SR vom 12.06.07 auf Kleine Anfrage Nr. 6/2007 von Christoph Lenz (AL): Glasflaschenverkauf in Tankstellen
- Antwort des SR vom 26.06.07 auf Kleine Anfrage Nr. 3/2007 von Christoph Lenz (AL): Realisierung des Kulturleitbildes 2001
- VdSR Verkauf der Parzelle GB Nr. 6488 Hofackerstrasse 3 vom 05.06.07
- VdSR Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone Vorderes Mühletal, Zonenplanänderung Nr. 1 Vorderes Mühletal vom 29.05.07
- Aktualisiertes Mitgliederverzeichnis und angepasste Sitzordnung GrSR
- Geschäftsbericht des Stadtrates 2006, zur Kenntnis
- Finanzplan 2007, zur Kenntnis

Zuweisung folgender Neugeschäfte:

- VdSR Baurecht Abgabe der Liegenschaft Logierhaus auf GB Nr. 5736 im Baurecht an die International School of Schaffhausen vom 08.05.07: Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 13er SPK vor, einladende Fraktion SVP/JSVP/EDU. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR Verkauf der Parzelle GB Nr. 6488, Hofackerstrasse 3 vom 05.06.07: Das Büro schlägt usanzgemäss eine Zuteilung zur Vorberatung an die GPK vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
- VdSR Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone Vorderes Mühletal und Zonenplanänderung Nr. 1 Vorderes Mühletal (Teilflächen von GB Nr. 1700 und GB Nr. 1665) vom 29.05.07: Das Büro schlägt zur Vorberatung eine 11er SPK vor, einladende Fraktion SP/AL. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft:

VdSR Sanierung und Ersatzneubau Künzle-Heim vom 08.05.07: Da dieses Geschäft erst nach der Veröffentlichung der Traktandenliste verhandlungsbereit gemeldet wurde, wird es auf der Traktandenliste der Ratssitzung vom 21.08.07 figurieren.

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 5 vom 15.05.07 wurde vom Ratsbüro geprüft und liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Wortmeldung von Thomas Hauser (FDP), 1. Vizepräsident:

„Die SPK Sanierung und Ersatzneubau Künzle-Heim hat ihre Arbeit in Rekordtempo abgeschlossen und Frau Kummer als Protokollführerin hat in Wochenendarbeit das Protokoll zügig und gut verfasst. Ich hatte den Auftrag, heute den Antrag zu stellen, dieses Geschäft sei als Traktandum 4 zu behandeln. Nun habe ich vom Stadtrat gehört, dass es tatsächlich nicht so dringend und somit eine Behandlung auch nach den Sommerferien möglich sei. Ich möchte trotzdem an dieser Stelle nicht nur der Kommission meinen Dank für die rasche Beratung des Geschäftes aussprechen, sondern vor allem auch der Protokollführerin, die schlussendlich „für die Katz“ eine Wochenendarbeit geleistet hat. Sollte es mit den Subventionen und der Volksabstimmung nicht klappen, wären weder die Kommission noch die Protokollführerin verantwortlich.“

Der **Ratspräsident** nimmt das Votum von Thomas Hauser (FDP) zur Kenntnis und bittet darum, ihm in Zukunft verhandlungsbereite Geschäfte frühzeitiger zu melden, damit sie auf der Traktandenliste entsprechend berücksichtigt werden können.

Der erste Teil der Ratssitzung wird voraussichtlich bis 18.00 Uhr dauern, der zweite Teil beginnt nach der Pause um 19.10 Uhr.

Traktandum 1 VdSR Begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene**Dr. Paul Bösch (OeBS)****Präsident der SPK**

„Am 4. Juni haben wir die Vorlage des Stadtrates vom 3. April 2007 *Begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene* in einer 11er-Kommission beraten. In der Annahme, dass Sie die Vorlage studiert haben, möchte ich daraus nur wenige wichtige Punkte herausgreifen.

Entstanden ist die Vorlage aus der Situation, dass im Kanton zuwenig Angebote für junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren in schwierigen Lebenssituationen bestehen, und dass ausserkantonale Platzierungen zum Teil sehr hohe Kosten verursachen. Bei ausgewiesener Nachfrage wurde eine Lösung im Raum Schaffhausen gesucht.

Als Ziel ist formuliert, jungen Menschen in Krisensituationen ausserhalb des Elternhauses einen Raum zu bieten, der ihnen ermöglicht, Unterstützung auf ihrem Weg zu einem eigenverantwortlichen und selbständigen Leben zu bekommen. Das Angebot kann auch nützlich sein als Anschluss an einen Aufenthalt im Jugendheim.

Obwohl der Stadtrat für einen Probebetrieb im zweiten Semester des Jahres 2007

die Ausgaben in eigener Kompetenz hätte sprechen können, zog er es sinnvollerweise vor, dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten, damit daraus nicht eine „Eintagesfliege“ wird, sondern der Betrieb auch für die folgenden Jahre abgesichert ist.

Das Konzept sieht vor, in einer renovierten Wohnung an der Geissbergstrasse unter dem gleichen Dach wie die WG Geissberg, aber mit getrenntem Eingang, Platz für 5 junge Menschen zu schaffen. Diese werden einerseits durch eine sozialpädagogische Fachkraft mit einem Pensum von 80% betreut, andererseits bei Bedarf durch Personal von der WG Geissberg (zum Beispiel Pikettdienst in der Nacht und am Wochenende). Ab dem Jahre 2008 könnte dann bei Bedarf zusätzlich noch eine dezentrale Jugend-WG eröffnet werden, was aber zusätzliche 25 Stellenprozent beanspruchen würde.

Die zu erwartenden Kosten und Einnahmen können Sie der Vorlage entnehmen, wobei bei Antrag 5 der Betrag um Fr. 2'000.-- auf Fr. 30'000.-- reduziert werden kann (analog dem weiter oben auf der gleichen Seite aufgeführten Nachtragskredit).

Nun der Bericht zur Kommissionsarbeit:

Stadtrat Thomas Feuerer und Brigitte Girsberger vom Bereich Soziales standen uns für fachliche Auskünfte zur Verfügung, und Erika Bachmann führte das Protokoll. Diesen drei Personen möchte ich schon an dieser Stelle meinen herzlichen Dank für ihren Einsatz aussprechen.

Nachdem uns die Vorlage nochmals ausführlich erläutert wurde, folgte die Eintretensdebatte. Die Voten betrafen verschiedene Themenkreise.

Unbestritten war die dringliche Notwendigkeit des Angebotes. Einzelne Kommissionsmitglieder betonten allerdings ihr Bedauern gegenüber der Tatsache, dass die heutige gesellschaftliche Realität ein solches Angebot überhaupt notwendig mache.

Zu mehr Diskussionen Anlass gab der gewählte Standort in unmittelbarer Nähe der WG Geissberg. Das Spektrum der Voten ging dabei von grossen Bedenken über einen möglichen negativen Einfluss bis hin zu eventuellen positiven Aspekten, wenn dadurch die Existenz und Problematik von Randgruppen thematisiert werden kann.

Zum Abschluss der Eintretensdebatte betonte Stadtrat Thomas Feuerer nochmals, dass eine Alternative nur eine eigenständige und damit wesentlich teurere Institution sein könne. Mit dem gewählten Standort können Synergien optimal genutzt werden, und zu erwartende Schwankungen in der Belegung würden nicht so stark ins Gewicht fallen.

Eintreten wurde mit 9 Ja und 1 Enthaltung, bei 1 Abwesenheit, beschlossen.

In der Detailberatung konnten verschiedene Unklarheiten beseitigt werden. So konnte Thomas Feuerer unter anderem bekräftigen, dass mit der geplanten Jugend-WG keine anderen bereits bestehenden kantonalen Institutionen konkurrenziert werden. Ebenfalls beantwortet wurden Fragen nach Qualifikation und Aufgaben der Betreuungspersonen. Unklar blieb vorerst, wie mit einem Pensum von 80% die Betreuungsaufgabe während der ganzen Woche gewährleistet werden könne. Dazu wurde dann aber zusammen mit dem Protokoll noch ein detaillierter Einsatzplan nachgeliefert, und ich nehme an, dass Thomas Feuerer dazu noch einige Worte

sagen wird.

Ein wichtiger Aspekt, der auch dazu beigetragen hat, dass die Vorlage letztlich so breite Zustimmung gefunden hat, ist die Tatsache, dass die Erfahrungen mit der Jugend-WG genau verfolgt werden und im November 2007 bereits ein erster Zwischenbericht zu Händen der Kommission und der GPK versprochen wurde. Stadtrat Thomas Feurer signalisierte auch grundsätzlich Flexibilität bei allfällig auftauchenden Problemen.

Nachdem alle Fragen aus der Kommission beantwortet waren, wurde die Vorlage mit 9 Ja, bei 1 Enthaltung und 1 Abwesenheit, gut geheissen. Ich hoffe, dass das Ratsplenum dem Projekt ebenfalls eine so klare Zustimmung gibt.

Zum Schluss möchte ich es nicht unterlassen, allen Kommissionsmitgliedern für die konstruktive Arbeit zu danken.

OeBS/EVP-Fraktionserklärung:

Wir begrüßen es sehr, dass mit dem vorgelegten Konzept für junge Menschen in Krisensituationen eine Möglichkeit geschaffen wird, losgelöst vom Konfliktherd, betreut von Fachpersonen und doch in der Nähe vom bisherigen sozialen Umfeld (wie zum Beispiel Schule oder Ausbildungsort) eine neue Stabilität und Perspektiven für eine gute Entwicklung zu erhalten.

Wir danken dem Stadtrat für den Mut, mit dieser Jugend-WG einen neuen Schritt zu wagen und wünschen uns aber ganz klar auch eine kritische Begleitung und einen fundierten Erfahrungsbericht nach den ersten Monaten, insbesondere weil wir mit dem gewählten Standort nicht besonders glücklich sind.

Sollte sich der Standort oder das gewählte Konzept nicht bewähren, so dürfte dies aus unserer Sicht nicht heissen, das Projekt aufzugeben, sondern Wege zu einer besseren Lösung zu suchen.

Nun bleibt mir nur noch, der Jugend-WG auf ihrem Weg viel Glück zu wünschen, und Ihnen allen danke ich für die Aufmerksamkeit. “

Peter Möller (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

”Auch die SP/AL-Fraktion ist nur mässig erfreut darüber, dass eine Vorlage für begleitenden Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene zur Behandlung ansteht. Dass dies überhaupt notwendig ist, kann niemanden mit Freude erfüllen. Auf der anderen Seite teile ich die Auffassung meines Vorredners, dass es wichtig und richtig ist, dass die Stadt handelt. Ich kann Ihnen auch aus meiner persönlichen beruflichen Erfahrung versichern, dass eine solche Einrichtung in Schaffhausen dringend notwendig ist.

Den Inhalt der Vorlage brauche ich nicht mehr vorzustellen; dies wurde bereits vom SPK-Präsidenten kurz und prägnant ausgeführt. Zudem gehe ich davon aus, dass Sie die Vorlage auch selbst gelesen haben.

Ich möchte Ihnen in der Folge kurz die wichtigsten Gründe mitteilen, weshalb die SP/AL-Fraktion der Vorlage positiv gegenüber steht:

Die Einrichtung einer solchen Wohngemeinschaft ist - wie bereits erwähnt -

notwendig, denn leider ist es immer wieder, teilweise auch notfallmässig erforderlich, für Jugendliche und junge Erwachsene geeignete Wohnmöglichkeiten ausserhalb der Familie zu finden.

Das Angebot konkurriert bestehende Institutionen wie die WG Löhningen, die Wohnschule des Vereins Schönhalde sowie die Angebote des Vereins Friedeck nicht. Die Nähe zur WG Geissberg ist mit der notwendigen Betreuung kein Nachteil, vielmehr können teilweise Synergien erzielt werden. Die WG stellt keinen Ersatz für die Platzierung in Institutionen mit intensiver Betreuung und internen Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten dar. Diese Unterbringungen sind - falls notwendig - nach wie vor möglich.

Die stadteigene Lösung ist kostengünstiger als Time-out-Platzierungen über ausserkantonale Vermittlungsorganisationen. Wobei man sich hier keine allzu grossen Illusionen machen darf, denn gerade die wirklich teuren Unterbringungen werden durch die vorliegende Lösung nicht ersetzt werden können.

Fazit: Es ist sinnvoll, wenn die Stadt Schaffhausen eine solche Einrichtung schafft und betreibt. Wir werden deshalb auf die Vorlage eintreten und ihr auch zustimmen.

Nun aber noch zu einem Umstand, der unsere Fraktion eigenartig berührt hat. Die Vorlage vom 3. April 2007 erhielten wir anlässlich der Ratssitzung vom 15. Mai 2007, an diesem Tag wurde die Spezialkommission gebildet und auch der erste Sitzungstermin auf den 4. Juni 2007 festgelegt. So weit, so gut. Was uns aber störte, ist der Umstand, dass - obwohl der Termin der Sitzung bekannt war - die Vorlage in der Woche vor dieser Sitzung noch in der GPK behandelt wurde.

Ich stelle mir nun schon die Frage, was dies soll. Entweder überweisen wir Vorlagen an die GPK, dann hat diese das Geschäft zu behandeln, oder es wird eine SPK eingesetzt und dann hat sich die GPK aus der Behandlung der Vorlage herauszuhalten.

Ich möchte hier vor allem auch den Stadtrat bitten, sich an diese eigentlich einfachen Regeln zu halten. Es geht schliesslich darum, an sich klare Kompetenzzuweisungen einzuhalten. Selbstverständlich handelt es sich bei der GPK um eine wichtige Kommission, doch hat sie keine allumfassenden Kompetenzen, sondern nur diejenigen, welche ihr die Stadtverfassung und dieser Rat einräumen.

Wir bitten den Stadtrat, dies inskünftig zu berücksichtigen, das heisst Vorlagen, welche noch nicht zugewiesen sind oder für welche bereits eine Spezialkommission eingesetzt wurde, sollen nicht mehr der GPK zu einer wie auch immer gearteten Vorprüfung vorgelegt werden.

Dies gilt aber auch für andere Fragen. So finde ich es beispielsweise verfehlt, wenn Entwürfe zu Vorlagen oder Tarifen - unter Umständen bereits vor einer allfälligen allgemeinen Vernehmlassung - der GPK zur Vorprüfung vorgelegt werden sollten. Auch damit werden Kompetenzen und Zuständigkeiten verwässert, denn zu diesem Zeitpunkt ist der Stadtrat noch abschliessend zuständig. Dies war ein kleiner Ausflug in allgemeine Fragen, welcher grundsätzlich nichts mit der vorliegenden Vorlage zu tun hat.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu dieser Vorlage. "

Katrin Hauser-Lauber (FDP)**FDP/jfsh-Fraktionserklärung**

„Wie schon erwähnt worden ist, war die Vorlage in der SPK nach eingehender Diskussion unbestritten. Da Paul Bösch und meine Vorredner bereits vieles gesagt haben, möchte ich mich kurz fassen.

Es ist leider so, dass wir in der Stadt vermehrt junge Menschen, welche in Krisensituationen stehen, die nötige Hilfestellung nicht geben können. Auch aus meiner Sicht als Schulrätin besteht eine grosse Notwendigkeit zum Handeln. Der Weg von Fremdplatzierungen in andere Kantone kann weiterhin nicht unsere städtische Lösung sein.

Das vorliegende Projekt ist kurzfristig umsetzbar und die Jugendlichen wären im Probetrieb an der Geissbergstrasse gut betreut. Auch könnten Synergien unter den Betreuungspersonen genutzt werden, da die erwachsene Wohngemeinschaft im gleichen Haus untergebracht ist.

Die Abgrenzung der wohl unterschiedlichen Bedürfnisse unter den Generationen durch den separaten Eingang und durch eine bauliche Trennung im Gebäude selbst ist rein wohntechnisch gewährleistet. Dies erachte ich als sehr wichtig. Es sollte aber trotzdem während dem Probetrieb laufend evaluiert werden, wie sich die Nähe der Wohngemeinschaft Geissberg zum Wohnraum der Jugendlichen auswirkt.

Mit dieser Bitte an Stadtrat Thomas Feurer darf ich mitteilen, dass die FDP/jfsh-Fraktion diese Vorlage unterstützen wird. “

Oliver Mank (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

„Die Vorlage gab in der SVP/JSVP/EDU-Fraktion einiges zu diskutieren. Die Lebensverhältnisse sind schwieriger geworden. Nicht in allen Elternhäusern herrscht die heile Welt, wie wir sie vielleicht gerne hätten. Es kann deshalb durchaus notwendig werden, familiäre Beziehungen zu entflechten und Kinder und Jugendliche fremd zu platzieren, um damit grösseren Schaden zu verhindern. Betroffene Kinder und Jugendliche bedürfen da sicher eines besonderen Schutzes seitens des Staates, beziehungsweise der Stadt. Der Aufbau eines entsprechenden eigenen Angebotes ist deshalb auch aus Kostenüberlegungen nicht grundsätzlich abzulehnen.

Mit der Volljährigkeit eines Jugendlichen aber steigt dessen Eigenverantwortung. Wenn junge Erwachsene mit problematischem Elternhaus nicht mehr zuhause leben können oder wollen, sollen sie sich eine Wohnung nehmen oder eine WG gründen, aber bitte ohne staatlich finanzierten Sozialtherapeuten. Es kann nicht Aufgabe des Staates, beziehungsweise des Steuerzahlers sein, jährlich zehntausende von Franken in einen 23-jährigen Sohnemann zu investieren, der wegen permanentem Zoff zuhause ausziehen muss, sich aber noch nicht getraut, eine eigene Wohnung zu nehmen, und es deshalb vorzieht, noch 2 Jahre unter Schutz einer Sozialtherapeutin leben zu wollen, die ihn womöglich noch bekocht und die Wäsche macht.

Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion kann die Vorlage des Stadtrates in dieser Form grossmehrheitlich nicht unterstützen. Wir werden aber darauf eintreten und uns später bei den Anträgen dafür einsetzen, dass die Altersgrenze auf 20 Jahre, statt 25 Jahre festgelegt wird. Wenn der Rat dieser Änderung zustimmt, wäre auch seitens der SVP/JSVP/EDU-Fraktion eine weitgehende Zustimmung gegeben, eine Zustimmung, die dem Stadtrat die Chance gäbe, die Vorlage breit abzustützen und sich damit weitere Diskussionen bei der nächsten Budgetdebatte zu ersparen. “

Theresia Derksen (CVP)**Votum**

"Der Erziehungsalltag kann vielfältige Probleme und Schwierigkeiten mit sich bringen. Überlastung und mangelnde Ressourcen können zu Überforderung sowohl der Eltern als auch der Kinder und Jugendlichen führen.

Nicht bei jeder Krisensituation muss aber zwingend über eine Fremdplatzierung verfügt werden. Eine sinnvolle Massnahme kann ein begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene sein.

Mit der vorliegenden Vorlage erhalten wir ein Anschlussprogramm für das Jugendheim, und es schliesst sich eine Lücke für ein bisher fehlendes Angebot.

Die CVP unterstützt dieses Pilotprojekt und hofft, dass es gelingen wird und die Erwartungen erfüllt werden. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**Votum**

"Sie haben vorher von Oliver Mank erfahren, dass die Meinungen der SVP/JSVP/EDU-Fraktion in Bezug auf diese Vorlage geteilt sind. Die Mehrheit der Fraktion lehnt die Vorlage in der uns vorliegenden Fassung ab.

Ich werde im Folgenden für die Minderheit unserer Fraktion sprechen, die - zwar nicht gerade mit Begeisterung - auf diese Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird.

Für uns war massgebend, dass man die Augen vor der Realität nicht verschliessen kann. Es gibt immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene, denen es aus den verschiedensten Gründen nicht mehr zumutbar ist, im Elternhaus zu verbleiben. Auch gilt es für Jugendliche, die aus Altersgründen nicht mehr im Kinder- und Jugendheim bleiben können und noch nicht selbständig genug sind, eine eigene Wohnung zu nehmen, eine Übergangslösung anzubieten. Das vorliegende Projekt übernimmt eine Nischenfunktion. Es ermöglicht, betroffene Jugendliche und junge Erwachsene in Schaffhausen aufzunehmen und verhindert somit kostspielige ausserkantonale Fremdplatzierungen. Oftmals sind es auch Schulentlassene, für die eine Wohnsituation ausserhalb der Familie gefunden werden muss. Werden sie ausserkantonale platziert, dann heisst es, dass die Stadt nolens volens die teure Fremdplatzierung bis zum Ende der Lehrzeit, das heisst zum Teil über die Volljährigkeit hinaus tragen muss, um nicht die Ausbildung des oder der Jugendlichen zu gefährden. Mit dieser Vorlage könnte hier Abhilfe geschaffen werden.

Man kann sich zu Recht fragen, ob es auch in den übrigen Fällen angezeigt ist, bereits Volljährigen noch die Möglichkeit des begleiteten Wohnen zu öffnen. Ich bin der Meinung, dass mit dem Aufnahmealter 15 bis 22 Jahre individuell auf Spezialfälle reagiert werden kann. Es ist leider nicht so, dass mit Erreichen der Volljährigkeit bei allen Jugendlichen schon soviel Selbständigkeit vorhanden ist, dass sie in Krisensituationen im Elternhaus in der Lage sind, mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen adäquat umzugehen und sich alleine im Leben zurecht zu finden. Hier kann eine betreute Wohnform helfen, dass solche Jugendliche nicht auf die schiefe Bahn geraten, sondern zu einem eigenständigen selbstverantwortlichen Leben finden.

Zum Schluss noch eine kleine Ergänzung. In der GPK sowie der SPK wurde den jeweiligen Gremien versichert, dass dem Grossen Stadtrat Ende November 2007 ein

erster Bericht über die Testphase abgeliefert wird. Leider vermisse ich eine entsprechende Zusage im Protokoll. Da im folgenden Jahr die Betriebskosten für die Jugend-WG im ordentlichen Budget erscheinen werden, erachte ich es als sinnvoll, wenn sich der Grosse Stadtrat vor der Budgetdebatte 08 ein Bild über den bisherigen Verlauf des Projektes machen kann. Ich werde daher den Antrag stellen, dass unter Ziffer 7 der Anträge folgender Passus hinzugefügt wird:

Dem Grossen Stadtrat wird Ende November 2007 ein Bericht über die Ergebnisse der Testphase unterbreitet. „

Walter Hotz (FDP)**Votum**

„Ich bin schon etwas von diesem Antrag der Zurücksetzung des Alters überrascht, weil keine Möglichkeit bestand, darüber zu diskutieren, ob dies sinnvoll ist oder nicht. Die SVP hätte dies in die SPK einbringen und zur Diskussion stellen können. Jetzt hängen wir damit in der Luft. Ich möchte dazu von SR Thomas Feurer oder vom SPK-Präsident noch etwas mehr hören.“

Dr. Paul Bösch (OeBS)**SPK-Präsident**

„Ich bin angesprochen worden und habe mich persönlich auch darüber gewundert, dass dieser Antrag erst hier zur Sprache kommt, denn der Sprechende war in der Kommission anwesend und hat sich kein einziges Mal zu Wort gemeldet. Ich bin erstaunt und vom Antrag überrumpelt. Ich bitte Sie, dem Antrag der SPK zu folgen und die Vorlage unverändert zu übernehmen.“

SR Thomas Feurer**Stellungnahme**

„Ich möchte Sie ungern in der Luft hängen lassen, weil man relativ unsanft auf den Boden fallen kann und streue Asche auf mein Haupt, weil ich tatsächlich aus Nervosität nicht nur bei mir, sondern auch in meinem Referat die Anrufung in der GPK eine Woche vor dem Termin der ersten Sitzung der SPK in die Wege geleitet habe. Allerdings kannte ich damals, als ich mit Fredy Zollinger sprach, den Termin noch nicht. Der Druck der Strasse war relativ gross, und wir wussten, dass uns - sofern dieser Termin vor den Sommerferien entscheiden zu können, verpasst wird - einige Probleme entgegen schlagen, die wir unbedingt verhindert wollten. Ich versichere Peter Möller, dass wir kein neues Geschäftsgebahren einläuten wollen, indem wir vor jeder Vorlage, welche einer SPK zur Vorberatung zugewiesen wird oder wurde, noch eine Ehrenrunde in der GPK durchführen. Die GPK kann gar nichts dafür; sie hat einfach unseren Notruf aufgenommen, und dafür bin ich ihr sehr dankbar.

Jetzt komme ich zu Oliver Mank: Cornelia Stamm Hurter hat mir mit ihrer Aussage, dass wir die Augen vor der Realität nicht verschliessen sollten, die Worte aus dem Mund genommen. Es ist ja keineswegs so, dass wir froh sind, Ihnen endlich wieder einmal eine Vorlage aus dem Sozialreferat, die sogar noch etwas kostet, präsentieren zu können. Die Realität ist das, was auf der Strasse, in den Familien und mit den Eltern passiert, mit Eltern, die eben nicht so sind, wie Oliver Mank ausführte, indem sie zuhause sind und ihre Kinder nicht betreuen wie diese wollen, sondern sie betreuen ihre Kinder überhaupt nicht mehr, weil diese gar nicht mehr zuhause sind. Ich glaube Cornelia Stamm und Peter Möller kennen die Problematik aus ihrer Berufspraxis. Das sind Verhältnisse, die sich einige von Ihnen wahrscheinlich gar nicht vorstellen können.

Wir haben im Moment 3 minderjährige Mädchen, die auf der Strasse leben und es toll finden. Sie gehen trotz den elterlichen Anrufen auf dem Handy nicht mehr nach Hause, sie gehen auch nicht in unsere Institutionen, sondern halten sich an sehr gefährlichen "Abenteuerspielplätzen" auf. Ich empfehle Ihnen, sich einmal an einem schönen Sommerabend in der Unterführung beim Bahnhof Richtung Gleis 3 und 4 umzusehen, was dort so abgeht. Ein Grossteil der Minderjährigen hält sich dort auf. Leider sind wir gezwungen, uns um diese Leute zu kümmern. Ich hätte diese Frage sehr gerne mit Ihnen in der SPK diskutiert. Jetzt machen wir es hier. Es nützt nichts, eine Altersbegrenzung auf 20 Jahre einzusetzen. Wir möchten diese Jugendlichen möglichst bald in die geplante Jugend-WG einbinden, damit sie in Schaffhausen eine Lehre beginnen oder irgendeine andere berufliche Perspektive finden können, was uns viel weniger kostet wie eine Fremdplatzierung während der Gesamtlehrzeit. Leider ist es nicht so, dass eine Ausbildung zwangsläufig mit dem Erreichen des 20. Altersjahres abgeschlossen ist. Häufig ist es so, dass wir diese Leute erst mit 19 oder 20 Jahren in eine Ausbildung eingliedern können, sofern uns eine solche Eingliederung überhaupt gelingt. Es wäre also kein geschickter Schachzug, ihnen nur aus Altersgründen ein halbes oder ein Jahr später wieder den Boden unter den Füßen zu entziehen.

Generell ist es auch nicht so, dass wir Lust haben, für diese jungen Mädchen und Knaben zu kochen und ihnen die Wäsche zu machen. Wir verstehen unsere Aufgabe darin, diesen jungen Menschen zu ermöglichen, sich mit dieser Gesellschaft und vor allem mit sich selbst innerhalb dieser Gesellschaft auseinanderzusetzen. Wenn Sie mit diesen Leuten sprechen, wissen sie alles viel besser. Wir möchten sie in der Jugend-WG auf dem Weg und während ihres Reifeprozesses begleiten, wenn sie später einmal zur Vernunft kommen und merken, dass das Leben so nicht weitergehen kann. Sie müssen lernen, ein eigenverantwortliches Leben zu führen und nicht zu allem, was Ältere (nicht nur die Eltern) sagen, mit einem Nein zu kontern.

Es wird in dieser WG Konfliktsituationen und Friktionen geben, denen wir nicht aus dem Weg gehen wollen, Katrin Hauser hat bereits darauf hingewiesen. Wir wollen diese Friktionen, vor allem auch mit der Erwachsenen-WG, genau beobachten. Wenn ich allerdings heute sehe, wer für diese Jugend-WG vorgesehen ist, ergibt sich eine durchaus ausgeglichene Bilanz bezüglich wer wen allenfalls stören könnte. Es könnte sogar sein, dass die jetzige WG mit den etwas älteren Bewohnern eine stabilisierende Wirkung auf diese recht wild gewordenen jungen Leute ausübt.

Mit Peter Möller bin ich einverstanden, dass wir damit nicht alle Probleme lösen können. Wir haben auch verschiedene Jugendliche, für welche die geplante WG eine zu geringe Betreuungsintensität darstellt und die wir in anderen staatlichen Einrichtungen untergebracht haben oder auch in Zukunft unterbringen müssen. Als weiterführende Institutionen mit psychosozialen Betreuungsmöglichkeiten stehen zum Beispiel Bussola oder Littenheid zur Verfügung, wo täglich Kosten von rund Fr. 450.-- bis Fr. 600.-- anfallen. Auch so etwas produziert unsere Wohlstandsgesellschaft, wir beschäftigen uns täglich damit und versuchen intelligente Lösungen zu finden, die manchmal ein sehr schnelles Handeln erfordern und nicht auf Jahre voraussehbar und planbar sind; dies zeigt auch der geschilderte Hintergrund der vorliegenden Vorlage.

Ich danke dem Präsidenten der SPK für die umsichtige Sitzungsleitung und auch den Kommissionsmitgliedern für die engagierte Mitarbeit. Ich schätze es immer wieder sehr, wenn wir in solchen Gremien unser Umfeld und unsere Befindlichkeit

ausleuchten können, zumal von diesen Themen in der Zeitung normalerweise nicht allzu viel zu lesen ist.

Was die Betreuungsintensität anbelangt, haben wir mit der vorgeschlagenen Lösung eine am unteren Limit liegende Möglichkeit vorgesehen. Bei Bedarf könnten andere Fachpersonen beigezogen werden, wie zum Beispiel Vormunde oder Beistände, die sich über eine gewisse Zeit mehr mit den jungen Leuten beschäftigen.

Wir schlagen Ihnen eine pragmatische Lösung vor, die Flexibilität voraussetzt, welche zu den Spezialitäten unseres Sozialreferats zählt. Unsere Erfahrung lehrt uns, dass die Stossrichtung dieser Vorlage richtig ist. In der SPK haben wir verschiedentlich über Worst case-Szenarien gesprochen, die alle im Bereich der Spekulationen liegen. Lassen Sie uns zuerst einmal die Praxis erproben und feststellen, wie sich das unserer Ansicht nach für die Stadt sehr günstige Projekt bewährt. Ich kann Ihnen versichern, dass wir genau nachfassen werden und im November/Dezember dieses Jahres das Paket allenfalls neu schnüren werden. Ich bin auch mit dem von Cornelia Stamm Hurter vorgeschlagenen Zusatz einverstanden. Wir müssen dringend 7 Jugendliche in der Stadt Schaffhausen platzieren und mit der vorgeschlagenen Lösung können wir eine Fremdplatzierung vermeiden, die erst noch kostengünstiger für die Stadt Schaffhausen ausfallen wird. Nochmals herzlichen Dank für die mehrheitlich gute Aufnahme. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

”Ich war 12 Jahre Vormundschaftsinspektor und kenne die Arbeit und die Problematik daher aus eigener Erfahrung; ebenso danke ich SR Thomas Feurer für seine erläuternden und ergänzenden Ausführungen.

Das Problem ist ein gesellschaftspolitisches Problem, das wir bereits bei anderen Vorlagen vorgefunden haben. Eltern stehen in der Verantwortung und nehmen ihre Pflichten nicht richtig oder nicht mehr wahr. Es geht hier nicht darum, die schlechte Jugend zu stigmatisieren, sondern zu erkennen, welches die schlechten Rahmenbedingungen im Elternhaus sind. Hier hat der Staat ein Angebot bereitzustellen und auszubügeln, was zuhause falsch läuft. Mein Appell geht an alle Anwesenden und auch an die Öffentlichkeit. Wie oft wird in den Medien und in der Öffentlichkeit scharf kritisiert, was Vormundschaftsbehörden, Behörden der Jugendanwaltschaft, Sozial- oder Schulbehörden anordnen, sofern es überhaupt noch den richtigen Zeitpunkt einer Intervention gäbe. Wir haben ganz klar festzustellen, dass der Handlungsbedarf sehr gross ist, aber die Handlungsmöglichkeiten heute leider sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Es sollte wieder ein klares Setting vorhanden sein, welches heute mit allen rechtlichen Möglichkeiten umgangen werden kann, weil wir das Minderjährigkeits-, beziehungsweise das Volljährigkeitsalter auf 18 Jahre gesenkt haben und behördliche Interventionen dadurch noch weiter eingeschränkt werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf nach Lösungsansätzen wie die heute vorliegende Vorlage beinhaltet. Wir müssen den Behörden die Möglichkeit geben, diese Jugendlichen so zu integrieren, dass sie später nicht nur in unserer Gesellschaft einigermassen leben können, sondern dass sie in den Arbeitsprozess integriert werden können und pädagogische Massnahmen erhalten, welche sie befähigen, selber in eigenen Familien nicht wieder das gleiche “Spiel”, wie sie selbst vielleicht bereits in zweiter Generation erlebt haben, zu wiederholen. Das ist ein wichtiger Auftrag, und ich bitte Sie, nicht einfach zu kritisieren, wenn die Behörden allenfalls repressiv reagieren. Für

die Betroffenen ist ein klares Setting und eine klare Struktur oftmals ein erster helfender Schritt, um die jungen Leute von der Strasse wegzubringen.

Die Anregung von Oliver Mank, das Alter allenfalls auf 20 zu reduzieren, habe ich zwar nachvollziehen können; es stellt sich unwillkürlich die Frage, ob es pädagogisch/erzieherisch sinnvoll ist, wenn 18-jährige Jugendliche mit bis zu 25-Jährigen, die bereits sehr unterschiedliche Erfahrungen gesammelt haben, gemeinsam in einer Wohngemeinschaft leben. Die von SR Thomas Feurer ausgeführten Ergänzungen sind allerdings substantiiert und einleuchtend; ich denke, wir sollten der Vorlage mit der uns von Cornelia Stamm Hurter vorgeschlagenen Ergänzung zustimmen. “

Oliver Mank (SVP)

Votum

”Ich wurde mehrfach angesprochen und möchte kurz Stellung nehmen. Zu meinem Schweigen in der SPK kann ich nur sagen, dass die politischen Prozesse nicht immer so ablaufen, wie man es sich wünscht. Meinem Schweigen liegen parteipolitische Überlegungen zugrunde; ich möchte keine weiteren Ausführungen darüber machen.

In meiner Stellungnahme habe ich darauf hingewiesen, dass kein Zweifel darüber besteht, dass für Kinder und Jugendliche ein Angebot geschaffen werden muss. Nur glauben wir, dass es mit der Volljährigkeit eine Grenze der Eigenverantwortung gibt. Es ist eine Illusion zu glauben, dass mit der Schaffung von zweieinhalb Plätzen bei wiederkehrenden Kosten von Fr. 150'000.-- ein gesellschaftliches Problem gelöst werden kann. Worüber sicherlich Einigkeit besteht ist, dass die drei auf der Strasse lebenden minderjährigen Mädchen in ein solches Angebot integriert werden müssen. Aber hier handelt es sich um nicht drogenabhängige Jugendliche, die keine intensive Betreuung benötigen, und wir glauben, dass mit der Volljährigkeit eine Eigenverantwortung zum Tragen kommen könnte. Ich bitte Sie, sich unseren Kompromissvorschlag nochmals zu überlegen. “

Peter Möller (SP)

Votum

”Ich kann Oliver Mank insofern zustimmen, dass auch ich öfters warte, dass bei Jugendlichen, die sich in einer Massnahme befinden, endlich die Eigenverantwortung zum Tragen kommt. Aber hier gibt es kein bestimmtes Alter, vor allem nicht beim relativ tief angesetzten Alter von 22 Jahren, da ist die Entwicklung vielfach noch nicht abgeschlossen; die jungen Erwachsenen in diesen Ausnahmefällen benötigen dringend weitere Wohnbegleitung, damit sie mit vielleicht 23 oder 24 Jahren in ihrem Entwicklungsprozess einen Schritt weitergekommen sind. Es geht nicht darum, dass junge Erwachsene bis 25 Jahre behalten werden sollen, denn sonst wäre die WG bereits jetzt auf die nächsten 7 Jahre ausgebucht. Die vorgeschlagene starre Regelung ist nicht sinnvoll und sicher nicht die Absicht der Stadt.

Ich bitte Sie, dies nochmals zu überdenken und die Chance diesen jungen Erwachsenen altersmässig weiter offen zu behalten. “

SR Thomas Feurer

”Es ist genau wie Peter Möller gesagt hat, dass sich mit dem Erreichen der Volljährigkeit nicht automatisch auch die Eigenverantwortung einstellt. Ich kenne 16-jährige Knaben und Mädchen, die selbstverantwortlich handeln; ich kenne aber auch

24-Jährige, die dies noch nicht gelernt haben. Bei mir war es so, dass ich erst mit 20 volljährig wurde, mit 18 war ich es noch nicht ganz. In diesem Sinne gab es schon damals eine Grenze, die sich je nach Charakter verschoben hat. Ich bitte Sie unter Berücksichtigung der von uns im vorliegenden Fall benötigten Flexibilität nicht einfach eine 22er oder 20er Altersgrenze zu setzen. Die jungen Menschen werden so schnell wie möglich in ihre Eigenverantwortung entlassen, aber falls es noch nicht Zeit dafür ist, möchten wir ihnen den Boden unter den Füßen noch etwas länger lassen. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest die Vorlage Seiten 1-5 sowie die Anträge auf Seite 5 und 6 wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 3. April 2007 betreffend Einrichtung von begleitetem Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt die Eröffnung der neuen Finanzstelle 5484, begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene.

Wortmeldung Oliver Mank (SVP):

Antrag auf Abänderung des Antrages 2 wie folgt: Der Grosse Stadtrat bewilligt die Eröffnung der neuen Finanzstelle 5484, begleiteter Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene *bis zum 20. Altersjahr.*

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag mit 36 : 6 Stimmen ab.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Der Grosse Stadtrat bewilligt einen Baukredit von Fr. 10'000.-- zu Lasten der Finanzstelle 5484.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
4. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die nötige Infrastruktur einen Kredit von Fr. 20'000.-- zu Lasten der Finanzstelle 5484.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
5. Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Betriebskosten (inkl. Personalkosten) einen Betrag von netto Fr. 32'000.-- zu Lasten der Finanzstelle 5484.

Antrag SPK:

Der Betrag wird auf *netto Fr. 30'000.--* zu Lasten der Finanzstelle 5484 festgelegt.

Abstimmung:

Der Grosse heisst den Antrag mit 43 : 0 Stimmen gut.

Antrag 5 NEU:

Der Grosse Stadtrat bewilligt für die Betriebskosten (inkl. Personalkosten)

einen Betrag von netto Fr. 30'000.-- zu Lasten der Finanzstelle 5484.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

6. Der Grosse Stadtrat nimmt davon Kenntnis, dass die Betriebskosten für die Jugend-WG unter der Kontonummer 5484 ab 2008 im ordentlichen Budget erscheinen.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

7. Ein begleitetes Reporting entscheidet ab 2011 über den definitiven Betrieb.

Wortmeldung Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

Antrag auf Ergänzung des Antrages 7 wie folgt: *Dem Grossen Stadtrat wird Ende November 2007 ein Bericht über die Testphase unterbreitet.*

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst dem Antrag mit 44 : 0 Stimmen gut.

Antrag 7 NEU:

Ein begleitetes Reporting entscheidet ab 2011 über den definitiven Betrieb.
Dem Grossen Stadtrat wird Ende November 2007 ein Bericht über die Testphase unterbreitet.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 3. April 2007, die SPK-Änderung zu Antrag 5 sowie den ergänzten Antrag 7 mit **42 : 2 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR Zonenplanänderung Nr. 2 Herblingertal (Teilflächen von GB Nr. 21'130 und GB Nr. 21'719)

Alfons Cadario (EVP)

Präsident der SPK

"Bei dieser Vorlage geht es um eine Zonenplanänderung.

Verschiedentlich wurde geäussert, dass nach dem Abstieg des FC Schaffhausen kein neues Fussballstadion mehr notwendig sei. Sobald aber der FCS in der Challenge League unter den ersten fünf platziert sein wird, muss rasch der Nachweis erbracht werden, dass bei einem allfälligen Aufstieg die Bedingungen zum Spielen in einem vorschrittmässigen Stadion erfüllt sind. Die Situation hat sich von verbandstechnischer Seite her also nicht verändert. Ebenso ist Tatsache, dass der FCS auch vor der Ära Fontana schon in der obersten Liga gespielt hat. Wir befinden uns nach wie vor in der Situation, dass ein neues Stadion realisiert werden muss, damit in Schaffhausen in den oberen Ligen Fussball gespielt werden kann.

Es wird zunehmend schwieriger, solche Projekte mit Beteiligung der öffentlichen Hand verwirklichen zu können. Die massiven Forderungen der Swiss Football League werden von der Bevölkerung je länger je mehr nicht mehr akzeptiert. Aus diesem Grund hat der FCS unter der Leitung des Präsidenten Aniello Fontana die Initiative ergriffen, ein privat finanziertes Projekt zu realisieren.

Die Kommission ist der Ansicht, der Entscheid für den Standort im Herblingertal sei richtig. Schon in früheren Sitzungen der SPK „Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion“ war sie der Ansicht, dass das Herblingertal ein idealer Standort sei. Es war uns allen klar, dass das Land ursprünglich für Industrieansiedlungen mit öffentlichem Geld bereitgestellt wurde und heute ein Industrieunternehmen den Gewinn einkassiert. Ein Problem ist aus verschiedenen Gründen das geplante Einkaufszentrum, welches das geplante Stadion mitfinanzieren muss.

Würde die öffentliche Hand ein Stadion bauen, müsste die Standortfrage erneut diskutiert werden. Der Bau einer einfachen Arena, wie beispielsweise in Vaduz, wäre mit Baukosten von etwa 15 Millionen Franken, zuzüglich Landkosten von etwa 10 Millionen Franken verbunden. Das heisst also, auch wenn wir das Stadion auf der Breite belassen würden, wären die Kosten mindesten 15 Millionen Franken, und der FCS müsste auswärts seine Spiele während der Bauzeit austragen.

Die Marazzi Generalunternehmung AG aus Muri bei Bern plant zusammen mit dem FCS ein Fussballstadion mit Mantelnutzung auf einer Teilfläche von GB Nr. 21'130 im Herblingertal zu erstellen und zu betreiben.

Es ist die Erstellung eines allseitig geschlossenen Fussballstadion mit 8'000 Sitzplätzen vorgesehen. Das Stadion befindet sich rund sechs Meter über Boden auf dem Dach des darunter liegenden Einkaufszentrums. Im Hauptgebäude entlang der Industriestrasse befinden sich die gesamte Stadioninfrastruktur sowie Flächen bis 5'000m² für Büros, verschiedene Praxen, Dienstleistungen etc. Im Erdgeschoss und teilweise im Untergeschoss sind rund 13'000-15'000m² Verkaufsflächen vorgesehen. Neben einem Grossverteiler und einem Möbelgeschäft stehen Flächen für kleine und mittlere Läden sowie Restaurants zur Verfügung. Im Untergeschoss sind auf zwei Ebenen 700–800 Parkplätze geplant. Der im Kinopolis vorgestellte FCS-Park ist eine Studie darüber, wie eine Mantelnutzung aussehen könnte. Die konkrete Ausgestaltung hängt von den Wünschen der Mieter ab und kann sich deshalb noch erheblich ändern.

Die für die Erstellung des Fussballstadions ausgewählte Parzelle befindet sich gemäss Zonenplan vom 10. Mai 2005 in der Industriezone, die nach Art. 45 der Bauordnung für Bauten von Industrie und Grossgewerbe bestimmt ist. Das Fussballstadion mit der Mantelnutzung eines Einkaufszentrums ist nicht zonenkonform. Aus diesem Grund ist eine Umzonung in *Industriezone mit Dienstleistungen* erforderlich.

Mit der Gesamtrevision der Bauordnung und dem Zonenplan wurde neu diese Zone erschaffen. Einerseits ist der Bedarf für Industriebauland rückläufig, andererseits stieg die Nachfrage nach Land in der Dienstleistungszone. Über diesen Punkt wurde schon bei der Besprechung der Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion, wie bereits erwähnt, lange und intensiv diskutiert. Mit der Umzonung wird dem wirtschaftlichen Wandel Rechnung getragen. Mit der Zonenplanänderung wird die Fläche der als strategische Reserve gedachten Industriezone um rund 3 ha auf ungefähr 12 ha reduziert.

Die Zonenplanänderung wurde dem Kanton zur Vorprüfung eingereicht, welcher die Genehmigung in Aussicht gestellt hat, verbunden mit gewissen Vorbehalten. Bereits wurde auch eine Verkehrsstudie in Auftrag gegeben. Mit der Koordinationsstelle für öffentlichen Verkehr des Kantons wird zurzeit eine Planungsvereinbarung zwischen Stadt, DB und Kanton erstellt, um ein Vorprojekt für den Ausbau der Station

Herblingen auszuarbeiten. Ebenso ist eine Busverbindung via Ebnat - Herblingertal - Station Herblingen nach dem Dorfkern Herblingen vorgesehen.

Die Kommission ist einstimmig, bei einer Abwesenheit, auf die Vorlage eingetreten.

In der Detailsberatung wurde die Parkplatzbewirtschaftung diskutiert. Der Antrag 4 wurde ebenfalls intensiv diskutiert. Hier stellt die Kommission Ihnen den *Antrag*, diesen zu streichen.

In dieser Kommission wurde vor längerer Zeit Varianten besprochen, in welchen vorgesehen war, dass die Stadt das Stadion im Birch, Herblingertal oder auf der Breite bauen könnte. Wir haben das Glück, dass ein privater Investor gefunden werden konnte. Eine negative Volksabstimmung über die Zonenplanänderung könnte zur Folge haben, dass der Standort Herblingen für den Stadionneubau nicht mehr in Frage käme, und die Firma Marazzi nicht mehr bereit ist, das Projekt zu realisieren, und die Stadt das Geschäft wieder neu bearbeiten müsste.

Wir, die Mitglieder des Grossen Stadtrates beklagen uns oft über die fehlenden Kompetenzen. Die Kompetenz des Grossen Stadtrates ist in der Bauordnung Art. 3, Absatz 5, klar definiert und sollte jetzt wahrgenommen werden. Bei der Zonenplanänderung handelt es sich nicht um eine planerische Kehrtwendung. Es ist bekannt, dass die Realisation dem Projekt „PASS“ eine grosse Chance eröffnen wird. Die Umzonung wurde bis heute nie bestritten, weder von den Quartiervereinen noch von den Naturschutzorganisationen, insbesondere unter der Voraussetzung, dass die Auflagen vom Stadtrat erreicht werden. Eine Volksabstimmung über die Zonenplanänderung könnte andere Sportprojekte gefährden. *Die Kommission hat mit 11 Stimmen gegen 1 Stimme und bei 1 Abwesenheit der Streichung des Antrag 4 zugestimmt.* In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage einstimmig, bei einer Abwesenheit, genehmigt.

OeBS/EVP-Fraktionserklärung:

Im Namen der OeBS/EVP Fraktion kann ich mitteilen, dass die Mehrheit den Anträgen der SPK zustimmen wird. Die Streichung des Antrages 4 gab zu einigen Diskussionen Anlass. Es wurde von den Befürwortern auf die Konkurrenz zur Altstadt hingewiesen, und sie waren der Meinung, dass die Stimmbürger über die Entstehung eines weiteren Einkaufszentrums im Herblingertal entscheiden sollten. „

Peter Neukomm (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

„Ich nehme für die SP/AL-Fraktion Stellung. Wir votieren für Eintreten auf die Vorlage und unterstützen auch einstimmig die vorgeschlagene Zonenplanänderung.

Grossmehrheitlich werden wir den von der SPK angepassten Anträgen zustimmen. Eine Minderheit unserer Fraktion unterstützt den Antrag des SR auf freiwillige Durchführung einer Volksabstimmung über die Umzonung der Liegenschaft. Ich gehe davon aus, dass ein Vertreter der Fraktionsminderheit die Argumente für eine Volksabstimmung noch darlegen wird. Ich spreche bei diesem Punkt für die Fraktionsmehrheit.

Warum stimmen wir der Vorlage zu?

Unsere Stadt braucht ein neues Fussballstadion, damit auch künftig Schaffhauser Mannschaften in oberen Ligen mitspielen können. Damit wäre es in unserer Region

wieder möglich, grossartige Fussballevents wie Länderspiele erleben zu können. Zudem könnten auch noch andere grössere kulturelle oder sportliche Anlässe in adäquatem Rahmen durchgeführt werden.

Die Stadt ist als Eigentümerin des veralteten Stadions Breite in Pflicht, weil sie dieses zu lange vernachlässigt und deshalb den herrschenden Notstand mit zu verantworten hat.

Wenn die Stadt aber selbst ein neues Stadion bauen müsste, stünden Investitionen in der Höhe von Fr. 15-25 Mio. an, je nach Standort.

Der FCS versucht nun diese nötige Infrastruktur auf privater Basis zu finanzieren, was die Stadt im Investitionsbereich spürbar entlasten und mehr Spielraum für andere anstehende wichtige Infrastrukturprojekte eröffnen würde.

Dass eine solche private Finanzierung nur mit einer Mantelnutzung zu haben ist, weil der Investor eine Rendite haben will, ist nachvollziehbar.

Damit haben wir die Kröte Einkaufszentrum auf der grünen Wiese zu schlucken. Sie wird durch die Mitsprachemöglichkeiten der öffentlichen Hand, welche die heute zu beurteilende Zonenplanänderung mit sich bringt, etwas erträglicher, zumal wir uns bewusst sind, dass ein weiteres Einkaufszentrum im Herblingertal gar nicht zu verhindern wäre. Also: Besser ein Fussballstadion mit Einkaufszentrum, als bloss ein weiteres Einkaufszentrum.

Wir nehmen den SR hier und heute beim Wort bezüglich der in Aussicht gestellten Auflagen und Bedingungen, welche über die Baubewilligung und einen verwaltungsrechtlichen Vertrag - auch zugunsten des Wohnquartiers Herblingen – durchgesetzt werden sollen:

- Die Verkaufsfläche soll nicht mehr als 15'000 m² betragen.
- Die Parkplätze sind zu bewirtschaften, wenn die nötigen gesetzl. Grundlagen vorhanden sind.
- Die Bauherrschaft hat sich an den Erschliessungskosten zu beteiligen
- Auf die Verkehrsführung, insbes. bei Grossanlässen, aber auch auf den Lärmschutz, die Luftreinhaltung und die Energieversorgung ist besonderes Augenmerk zu legen.
- Es stünde einem solchen Projekt gut an, wenn es bezüglich Energieeffizienz und Verwendung erneuerbarer Energien hohe Standards erfüllen würde.
- Der SR soll Einfluss darauf nehmen, dass ein solches Stadion auch für andere grössere Events oder andere Sportarten genutzt werden kann.

In diesem Zusammenhang stellt sich ja zum Beispiel die Frage, was passiert, wenn sich die Spielvereinigung in der 1. Liga halten und die Stadt auf der Breite keine 1. Liga-taugliche Infrastruktur mehr zur Verfügung stellen kann.

Wir sind uns bewusst, dass die Stadt mit dem Projekt FCS-Park zwar günstig, aber natürlich nicht gratis zu einem schmucken Stadion kommen könnte. Die Erschliessungskosten werden in der Vorlage transparent gemacht und sind tragbar, zumal mit Beiträgen der Bauherren, des Bundes und des Kantons zu rechnen ist.

Uns liegt bei der Erschliessung vor allem der ÖV am Herzen: Da stimmt uns der

Ausbau des Bahnhofs Herblingen, aber auch die Bedienung durch die VBSH - vielleicht sogar mit dem Trolleybus – hoffnungsvoll.

Wir haben uns bei der Diskussion um ein neues Fussballstadion von Beginn weg vehement für den Standort Herblingertal eingesetzt und sind deshalb sehr froh, dass unsere Intentionen nun umgesetzt werden, wenn auch von Privaten. Damit eröffnet sich wichtiges Entwicklungspotential, vor allem auf der Breite, das mit PASS bereits skizziert worden ist (vergleiche heutige SN). Diese Zonenplanrevision könnte der Ankick zu einer Entwicklung werden, welche zu einer Aufwertung der 3 Quartiere Breite, Birch und Herblingen beiträgt.

Nehmen wir also diesen Ball auf und verwerten diese Chance für unsere Stadt.

Zur Frage der freiwilligen Volksabstimmung:

Die Mehrheit der SP/AL-Fraktion ist der Überzeugung, dass es hier keinen Sinn macht, eine Volksabstimmung durchzuführen. Warum nicht?

Wir müssen uns bewusst sein, dass es um die Umzonung von ca. 3 ½ Hektaren Industrieland in die Industrie- und Dienstleistungszone geht – um nicht mehr und auch nicht weniger. Diese Öffnung der Nutzungsart stellt keine planerische Kehrtwende dar. Die Stossrichtung wird schon seit längerem praktiziert. Darum hat auch der Regierungsrat die Genehmigung der Zonenplanänderung in Aussicht gestellt und zwar trotz gewissen Bedenken bezüglich der Planungssicherheit, welche eine solche Änderung kurz nach einer Totalrevision auslösen könnte.

Weshalb soll man nun von der gesetzlich stipulierten Kompetenzordnung, welche mit der kürzlich revidierten Bauordnung vom Volk bekräftigt worden ist, schon bei einer der ersten Zonenplanrevision nach der Totalrevision abrücken? Da müssten schon äusserst gewichtige Gründe dafür sprechen, sonst schafft man ein Präjudiz für die Aufweichung der parlamentarischen Kompetenzen.

Dies würde dem Sinn nach auch den Intentionen der kürzlich einstimmig überwiesenen Motion „Aufwertung der Parlamentsarbeit“ widersprechen. Die geltende Kompetenzordnung macht Sinn und hat ja ihre Gründe.

Natürlich verfügen wir nach Art. 10 lit. g der Stadtverfassung über die Möglichkeit, freiwillig eine Volksabstimmung durchzuführen. Von dieser Möglichkeit sollte aber restriktiv Gebrauch gemacht werden, das heisst nur in besonders begründeten Einzelfällen. Ein derart schwerwiegender Einzelfall liegt hier nun aber nicht vor. Wir verfügen nämlich bisher über keinerlei Hinweise, dass in der Bevölkerung Opposition gegen diese Zonenplanänderung, gegen das auf dem Grundstück geplante Projekt oder gegen die dadurch möglich werdenden Entwicklungen auf der Breite existieren. Und in diesem Saal wird die Zonenplanänderung von niemandem ernsthaft in Frage gestellt. Im Gegenteil: Wir sind uns ja alle einig, dass sie bedeutende Entwicklungschancen eröffnet.

Nur weil sie den Bau eines grösseren Projekts ermöglicht, heisst das doch noch nicht, dass wir auf die Wahrnehmung unserer politischen Verantwortung als zuständiges Gremium verzichten sollten. Sonst müssten wir konsequenterweise bei jeder Zonenplanänderung, die bedeutende Projekte zur Folge haben könnten, auf unsere Entscheidungsbefugnis verzichten und den Ball jeweils dem Souverän weiterspielen. Wenn man das aber so machen wollte, hätte man das in der Bauordnung entsprechend festhalten müssen. Das haben wir aber nicht gemacht.

Ich bin auch aus abstimmungspolitischen Gründen gegen einen Urnengang: Es ist absehbar, dass es faktisch zu einer Abstimmung über ein konkretes Projekt käme, obwohl das rechtlich gar nicht so ist. Das Volk kann über das Projekt eben nicht mitreden, weil es nicht von der öffentlichen Hand finanziert wird. Es ist auch nach einem positiven Votum des Stimmvolks zur Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten der betroffenen Zone überhaupt klar, ob etwas oder genau dieses Projekt gebaut wird. Die Projektanten sind da nach wie vor frei. Da besteht also auch die Gefahr, mit einem Urnengang beim Stimmvolk falsche Erwartungen zu wecken.

Darum sparen wir uns das Geld für eine Volksabstimmung und nehmen die uns vom Souverän mit der Bauordnung vor kurzem zugewiesene Entscheidungskompetenz wahr. Damit gewährleisten wir auch, dass es zu keinen weiteren Verzögerungen kommt, welche für die privaten Investoren und den FCS zu einem Handicap werden könnten.

Die Mehrheit der SP/AL-Fraktion wird darum den Anträgen der SPK folgen und sich gegen Ziff. 4 der Anträge des SR wenden, welcher die Vorlage einer Volksabstimmung unterstellen wollte. Ich hoffe, dass die Mehrheit dieses Rates gleich denkt. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

”Einerseits sind wir von der FDP/jfsh-Fraktion froh oder erfreut, dass die Stadionfrage einen wesentlichen Schritt weitergekommen ist, nachdem wir uns in der Kommission Machbarkeitsstudie für ein neues Fussballstadion während viereinhalb Jahren und in 17 Sitzungen praktisch an Ort drehten.

So sprach sich dann an einer lebhaften Fraktionssitzung niemand gegen die geplante Umzonung im Herblingertal aus. Die Umzonung und auch die geplanten Auflagen an die FCS-Park-Ersteller waren unbestritten. Nur die Volksabstimmung gab zu Diskussionen Anlass. Obwohl die Vorlage vom Grossen Stadtrat abschliessend verabschiedet werden kann, gab es Befürworter und Gegner einer solchen Volksabstimmung. Da es sich lediglich um eine Umzonungsvorlage handelt, war es interessant zu hören, was da schon alles in das Fussballstadion mit Mantelnutzung hinein interpretiert wurde. Ich möchte nicht näher darauf eingehen, denn in den anderen Fraktionen dürfte es wahrscheinlich ähnlich getönt haben.

Nach ausführlicher Diskussion schloss sich dann eine grosse Mehrheit der Fraktion der Kommissionsmeinung an und lehnte die geplante Volksabstimmung ab. So empfiehlt Ihnen eine Mehrheit unserer Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und ihr ohne Volksabstimmung zuzustimmen.

Den FCS-Park-Erstellern wünschen wir bei der Realisation viel Erfolg und dem FC Schaffhausen solle es gleich ergehen wie Xamax Neuenburg: Beim Bau eines neuen Stadions Abstieg aus der Super League, kurz nach der Einweihung der neuen Anlage erneuter Wiederaufstieg. In diesem Sinne “Hopp FC Schaffhausen” auf allen Ebenen und Alfons Cadario herzlichen Dank für die gut geführten Sitzungen. “

Werner Schöni (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Auch ich möchte mich beim Kommissionspräsidenten für seine Führung der Sitzungen bedanken. Es scheint jetzt, als ob sich eine lange Geschichte doch noch einem guten Ende zuwendet. Mit der Standortwahl Herblingertal wurde nach

unserem Erachten ein guter Kompromiss gefunden.

Ein Punkt scheint mir ganz wichtig: Mit unserer Entscheid ermöglichen wir den Bau eines Zentrums mit Mantelnutzung und integriertem Fussballstadion. Wir entscheiden aber in keiner Art und Weise über dessen Finanzierung. Diese geschieht ausschliesslich durch private Investoren.

Gemäss heutigem Zonenplan befindet sich das in Frage stehende Gelände in der Industriezone. Neu wird es Industriezone mit Dienstleistungen. Die Differenz liegt wahrlich an einem kleinen Ort, wo wir direkt mitzubestimmen haben, und vielleicht ist es sogar ein bisschen Zufall, dass dieses Gelände nicht schon von Anfang an so eingezont war.

Nach 17 Sitzungen ist man in der Spezialkommission überzeugt, dass es keine unlösbaren Fragen gibt, die sich nicht berücksichtigen lassen oder die zu übermässigen Einschränkungen an die Bevölkerung oder Auflagen an die Umwelt führen würden, sei dies im Bereich Umweltverträglichkeit, Infrastruktur oder ähnlichem.

Ohne hier weiter in die Tiefe zu gehen, werden Sie merken, dass unsere Fraktion positiv zur Vorlage eingestellt ist. Dennoch möchte ich jetzt einige Anliegen ganz konkret noch deponieren:

Ich habe einleitend gesagt, dass uns dieser FCS-Park nichts kostet. Diese Aussage stimmt so nicht ganz. Wir bezahlen nichts für den Park, wohl aber für die Verkehrserschliessung. So sind unter anderem der Bau von neuen Verkehrskreisel und Lichtsignalanlagen vorgesehen. Auch sind die Wege für Fussgänger und Velofahrer betroffen. Das Netz der VBSH wird ebenfalls eine Veränderung erfahren. Auch der Bahnhof Herblingen wird eine Aufwertung erfahren. All diese Ausbauten wären so oder so notwendig geworden. Der FCS-Park bewirkt hier eigentlich nur, dass diese Ausbauten rascher erfolgen als dies sonst der Fall gewesen wäre.

In der Vorlage spricht man von 0,5% der Bausumme an den Fonds zur Attraktivierung der Altstadt zu leisten. Geschätzte Damen und Herren, wenn ein Investor schon ein Projekt für Fr. 180 Mio. realisiert, werden 0,5% zu einer namhaften Grösse. Hier erwarten wir kein stures Festhalten an dieser Prozentregel.

Auch bereitet uns die Festlegung eines anzustrebenden Nutzungsmixes eine etwas bünzlihafte Forderung. Für uns müsste von Interesse sein, dass dieses Zentrum rentiert und nicht, dass wir an irgendeiner Regel herumüben, die uns schlussendlich zu einer Bauruine verhilft.

Noch an der letzten Sitzung der Spezialkommission hat der Baureferent bestätigt, dass der Stadt keine Betriebskosten für dieses Stadion entstehen werden. Sollte man hier in nächster Zeit mit einem derartigen Ansinnen an uns herantreten, würden wir uns massiv dagegen wehren, weil man uns jetzt mehrmals bestätigt hat, dass dies nicht der Fall sein werde.

Zur vorgeschlagenen Volksabstimmung: Der Zonenplan ist noch jung und enthält die klare Kompetenz, dass der Grosse Stadtrat für Zonenplanänderungen zuständig ist. Nehmen wir diese Kompetenz auch ohne wenn und aber wahr. Grossmehrheitlich werden wir uns dafür einsetzen, dass dieser Antrag aus der Vorlage gestrichen wird. Mittlerweile bereits etwas vorsichtiger geworden, teile ich Ihnen mit, dass unsere

Fraktion der Vorlage grossmehrheitlich sicher zustimmen wird. “

Marlies Besio (CVP)**Votum**

”Ohne Umzonung von der Industriezone in die “Industriezone mit Dienstleistungszone” kann das Projekt für ein neues Fussballstadion nicht realisiert werden. Und wir sind uns alle einig, dass Schaffhausen und die Region ein Fussballstadion brauchen, welches den heutigen Anforderungen der Swiss Football League in allen Belangen entspricht.

Wir, die CVP, werden deshalb der Vorlage des Stadtrates für eine Zonenplanänderung Nr. 2 Herblingental zustimmen.

Andererseits lehnen wir eine freiwillige Volksabstimmung ab. Geschäfte, die der Grosse Stadtrat in eigener Kompetenz vornehmen kann, sollten nicht freiwillig zum Thema einer Volksabstimmung gemacht werden. Es ist Zeitverschwendung und mit Kosten verbunden.

Seit 1964 hat sich die wirtschaftliche Landschaft drastisch verändert; es herrscht im ganzen Land ein riesiges Überangebot an Industriezonen und nicht genutzter industrieller Infrastrukturen. Es wird sicher niemandem einfallen, für die vorgesehene Umnutzung Vorbehalte anzubringen.

Was die Mantelnutzung betrifft, so wird ja ein angestrebter Nutzungsmix im Einkaufszentrum in einem verwaltungsrechtlichen Vertrag festgelegt. Ich möchte allerdings Werner Schöni in seinen Aussagen dazu unterstützen; da sollte man sich wirklich nicht von einer allzu sturen Seite zeigen.

Eine Volksabstimmung würde alles nur noch weiter verzögern. Und die Zeit drängt, denn bis Ende März 2008 muss ein behandeltes Baugesuch vorliegen.

Ich bin froh, dass ich mit meinem letzten Votum in diesem Saal gerade zu diesem Thema, das mir sehr am Herzen liegt, etwas sagen konnte. Ich würde mich über ein eindeutiges Ja zu dieser Umzonung und ein ebenso eindeutiges Nein zur Volksabstimmung freuen. “

Daniel Preisig (JSVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Eigentlich ist es ein Glücksfall für Schaffhausen: Ein innovativer Unternehmer möchte in Schaffhausen investieren, und das gleich richtig. Über hundert Millionen Franken sollen investiert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Und das Beste dabei: Kein Rappen davon muss aus der Stadtkasse fliessen - im Gegenteil, wir werden entlastet vom Bau eines eigenen Stadions, das wir selbst finanziell kaum schultern könnten.

Friede, Freude, Eierkuchen also? Wenn ich Antrag 3 lese, findet der Stadtrat dies alles offenbar trotzdem nicht so toll und greift wieder einmal tief in seine Verhinderungstrickkiste. Auflagen über Auflagen sollen den Investoren den Spass kräftig vermiesen. Wer in Schaffhausen investieren will, soll den Stadtrat so richtig zu spüren bekommen, könnte man meinen. Denen treiben wir den Spass am Investieren schnell wieder aus. Und man hofft: Möge dieses Exempel Signalwirkung haben auf andere, die auf die dumme Idee kommen könnten, in Schaffhausen zu investieren.

Verständlich ist für mich die Beteiligung der Bauherrschaft am Infrastrukturausbau, der im direkten Zusammenhang mit dem Stadion steht. Als völlig unverständlich und vor allem unverhältnismässig dürfen die weiteren Auflagen bezeichnet werden. Dazu gehören die Verpflichtung zum Bezug von überteuertem Ökostrom und die Zahlung an den Umverteilungsfonds Altstadt.

Ganz besonders stutzig gemacht hat mich das geforderte Mitspracherecht des Stadtrates bei den Läden im neuen Bau. Seit der Stadtbildvorlage wissen wir, dass unser Stadtpräsident jene Läden nicht besonders gut mag, die ihre Schaufenster mit "SALE" beschriften (für das Protokoll: in Deutsch ausgesprochen). Auch Haifische mag er nicht. Auch wissen wir, dass er eine bei Jungen total angesagte Kleiderkette in der Altstadt verhinderte.

Lieber Stadtpräsident: Ich glaube, hier müssen wir einen Schlusstrich ziehen. Wir müssen Ihre gut gemeinten Dienste als Einkaufsberater nicht beanspruchen. Die Schaffhauserinnen und Schaffhauser sind sehr wohl selbst in der Lage und genug kompetent, um zu entscheiden, was sie kaufen und was nicht. Wir brauchen keinen amtlichen Einkaufsberater.

Ich habe mir deshalb gewisse Streichungsanträge überlegt, die ich bei Antrag 3 formulieren wollte. Mittlerweile bin ich aus meinem Konzept geraten und glaube zwischen den Zeilen herausgehört zu haben, dass gewisse Auflagen nur darum festgelegt wurden, weil man befürchtet, dass gewisse Umweltverbände Einsprachen erheben werden. Ich bitte deshalb den Stadtrat, uns darüber aufzuklären, ob dies so sei und wenn ja, bei welchen Punkten Einsprachen befürchtet würden. "

Rolf Amstad (SP)

Votum

"Die Stellungnahme der SP-Fraktion zur Zonenplanänderung haben sie von GStR Peter Neukomm gehört. Ich schliesse mich selbstverständlich den Äusserungen an. Doch wenn wieder einmal sozusagen ein Herblinger-Geschäft auf der Traktandenliste steht, darf auch der Stimmzähler noch etwas dazu sagen. Ich möchte Ihnen den Standpunkt aus Sicht des Quartiers weitergeben, denn ein Vorhaben in diesen Dimensionen gibt natürlich viel zu diskutieren.

Wie Sie vielleicht schon vernommen haben, steht der Vorstand des Quartiervereins der Zonenplanänderung Herblingertal positiv gegenüber. Somit begrüsst der Quartiervereinsvorstand auch das Projekt Fussballstadion mit Mantelnutzung, also den FCS-Park. Der Vorstand sieht das Mamutprojekt auch als Chance fürs Quartier; denn sofern das Vorhaben so gebaut werden kann, wie es uns vorgestellt wurde, kann es durchaus auch eine Attraktivierung für Herblingen bedeuten.

Für die Stadt Schaffhausen ist die private Initiative des FC Schaffhausen mit Aniello Fontana an der Spitze sowie dem Generalunternehmen Marazzi zur Erbauung des FCS-Parks ein eigentlicher Glücksfall. Wie würde es wohl weitergehen mit dem maroden Breitstadion ohne diese mutige Initiative? Denken wir nicht daran und glauben heute an den FCS-Park.

Vor einiger Zeit war übrigens auf der Homepage des Quartiervereins eine Meinungsumfrage publiziert. Die Frage lautete, wo der Standort des zukünftigen Fussballstadions sein soll. Das Resultat fiel klar aus: Rund 70% der Stimmen fielen auf den Standort Herblingertal und nur 30% sprachen sich für den alten Standort auf der Breite aus.

Von der Bevölkerung Herblingsens vernehmen wir allerdings unterschiedliche Meinungen zum geplanten Grossprojekt. Viele finden den Standort optimal, wieder andere sind der Überzeugung, dass wertvolles Industrieland nicht für solche Bauten zur Verfügung gestellt werden soll.

Fussball und Einkaufen ist seit jeher äusserst populär. Doch wie alles im Leben, haben auch diese Themen zwei Seiten. In der Vorlage des Stadtrates wird richtigerweise auf die zu erwartenden Emissionen und die nötigen Ausbauten der Infrastruktur und Verkehrswege hingewiesen. Und genau hier möchte ich ansetzen und heute schon auf die Wichtigkeit dieser Punkte aufmerksam machen.

Mit Herzblut wird zurzeit das Projekt PASS vorangetrieben, und das ist auch gut so. Mit genau gleich viel Herzblut und Aufmerksamkeit muss zu gegebener Zeit Klarheit über die Folgekosten für den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen und über geeignete flankierende Massnahmen für den Lärmschutz sowie die Sicherheit geschaffen werden. Ebenso ist ein vollziehbares Betriebs- und Nutzungskonzept zu erstellen.

Natürlich geht es in der vorliegenden Vorlage nur um die Zonenplanänderung und nicht um den eigentlichen Baukörper. Aber bereits jetzt müssen wegweisende Bestimmungen mit dieser Vorlage verknüpft werden. Deshalb ist gerade fürs Quartier Herblingen der noch abzuschliessende verwaltungsrechtliche Vertrag mit der Bauherrschaft von zentraler Bedeutung und muss eine unabdingbare Voraussetzung für die Erteilung der Baubewilligung sein.

Denn die Tatsache, dass sich in näherer Nachbarschaft Wohnhäuser befinden, verlangt nach einer sorgfältigen Abklärung der Auswirkungen des Verkehrs auf das Umfeld des Projektes. Das Quartier ist durch die Verkehrsströme infolge des Durchgangsverkehrs aus dem boomenden Reiat, den bereits bestehenden Einkaufszentren, die Ein- und Ausfahrt der J15 respektive der A4, aber auch durch die zunehmende Überbauung des Herblingertals bereits übermässig belastet.

Es wird richtigerweise kommuniziert, dass der FCS-Park ohne Zuschüsse der öffentlichen Hand finanziert wird. Nicht so aber die erwähnten Investitionen im nahen Umkreis des Stadions. Diese werden von der Öffentlichkeit zu bezahlen sein und vorab - wenn allenfalls notwendig - sogar durch den Souverän zuerst bewilligt werden müssen. Dies wird erfahrungsgemäss entsprechende Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb möchte ich insbesondere mit Nachdruck darauf hinweisen, dass diese Investitionen gleichzeitig mit dem Bau des Stadions erfolgen müssen. Es ist zu vermeiden, dass erst nach Inbetriebnahme des FCS-Parks Fragen rund um die Verkehrsinfrastruktur angegangen werden.

Ich bin überzeugt, dass die Herblinger Bevölkerung das Stadionprojekt zwar nicht gerade herbeisehnt, ihm aber auch keine grossen Steine in den Weg legen wird, sofern nach der Zustimmung zur Vorlage heute Abend – was ich eigentlich erwarte – der Stadtrat den noch pendenten Punkten, wie der verwaltungsrechtliche Vertrag, die nötige Beachtung schenkt. “

SR Peter Kämpfer

Stellungnahme SR

”Ich möchte mich bei Ihnen für die relativ gute Aufnahme der Vorlage bedanken und meinen Dank dem Kommissionspräsidenten für die sehr gute Leitung der 17 Sitzungen aussprechen. Obwohl ich die Statistik der längsten Kommissionspräsidien nicht kenne, bin ich sicher, dass ihm ein Platz auf der Rekordliste sicher ist.

Das Thema Fussballstadion ist nur ein Punkt, wenn es um die Diskussion der Situation von Schaffhauser Sportstätten geht. Die Stadt Schaffhausen weist einen grossen Nachholbedarf aus, was den baulichen Zustand und die generellen Ansprüche an Sportstätten anbelangt. Obwohl die Stadt viele Anlagen betreibt und unterhält, ist der Bedarf relativ hoch, sei es bei Fussballplätzen, bei Turnhallen, in der KSS oder bei der Leichtathletikanlage. Die jährlichen Investitionen, die aufgewendet werden, um die Anlagen auf dem neusten Stand zu halten, sind hoch. Trotzdem bestehen strukturelle Mängel, die nicht nur mit Sanierungen beseitigt werden können. Wir müssen in gewissen Bereichen über Neubauten nachdenken. Da Entscheide längere Zeit aufgeschoben wurden, werden in diesem Jahr einige grössere Sportprojekte zur Debatte stehen. Ich hoffe, dass sich die einzelnen Projekte wegen dieser Kumulierung nicht nachteilig entwickeln werden, sondern dass auch bei Ihnen die Überzeugung reift, dass wir diese brauchen, um für den Sport gute Bedingungen zu schaffen. Davon profitiert nicht nur der Spitzensport, sondern auch der Breitensport. Neben der Kultur soll auch der Sport ein starkes Standbein unserer Stadt sein, damit wir unserer Jugend auch weiterhin eine gute Infrastruktur zur sportlichen Betätigung anbieten können.

In der Stadt Schaffhausen mit ihren knapp 34'000 Einwohnern haben wir viele sehr erfolgreiche Sportvereine, wie zum Beispiel den Schwimmclub, der letztes Jahr 16 Goldmedaillen geholt hat und der vom neuen Winterdach der KSS profitieren wird, den Hallensport mit dem VC Kanti in der Nationalliga A und den Handballclub Kadetten Schaffhausen, der zum dritten Mal Schweizer Meister wurde sowie der Fussballclub des FC Schaffhausen, der zuerst in der höchsten und jetzt in der zweithöchsten Liga spielt. Ich hoffe, dass es nicht so lange wie bei Xamax dauert, bis wir wieder in die höchste Liga aufsteigen können. Die Sportverbände stellen immer höhere Anforderungen an die Infrastruktur, das ist nicht nur im Fussball, sondern auch in anderen Sportarten wie zum Beispiel dem Eishockey oder dem Handball der Fall. Dieser Punkt, der die öffentliche Hand stark betrifft und wirft die Frage auf, in wie weit die Gemeinde solche Ansprüche erfüllen soll oder muss.

Ein weiterer Punkt, der uns als Stadt mit Zentrumsfunktion immer wieder beschäftigt, ist die Tatsache, dass wir die Infrastruktur für eine ganze Region zur Verfügung stellen. Ich hoffe, dass dem auch in anderen Gemeinden Rechnung getragen wird, vor allem dann, wenn es nächste Woche im Kantonsrat um die Diskussion des Finanzausgleiches geht.

In der SPK bestand nach sehr langen Debatten immer Einigkeit über die Notwendigkeit eines neuen Stadionbaus. Das bisherige Stadion Breite entspricht trotz provisorischer Anpassungen und Sanierungen für die Super League nicht mehr den Anforderungen der Swiss Football League, sei es zum Beispiel im Bereich der Tribünen oder die Steilheit der Rampen. In einer Machbarkeitsstudie hat die Stadt eine breite Palette von Möglichkeiten und Standorten aufgezeigt, immer in der Annahme, dass die Stadt selbst das Stadion baut. Zwei gewichtige Entwicklungen in der Fortführung dieser Machbarkeitsstudie haben zu einer Änderung geführt:

- Festigung der Standortwahl Herblingen unter Berücksichtigung der Freispielung des Areals des Breite Stadions für die weitere Stadtentwicklung.
- Sicherheitsthema für das Breitequartier anlässlich des Super League Spielbetriebes sowie die immer höheren Ansprüche der Swiss Football League an Stadien in Richtung von geschlossenen Arenen mit kommerziellem Eventcharakter von Fussballspielen.

Gerade diese Entwicklung ist sehr problematisch, wenn die öffentliche Hand ein Stadion erstellt, das hauptsächlich einem kommerziellen Eventbereich zugute kommt. Die Erfahrung in der Schweizerischen Politlandschaft zeigt, dass in vielen Städten eine Mitbeteiligung der öffentlichen Hand abgelehnt wurde.

Diese verschiedenen Punkte haben dazu geführt, dass der FCS AG unter Leitung ihres Präsidenten Aniello Fontana zusammen mit Werner Müller, CEO der Marazzi AG Bern (ich begrüsse an dieser Stelle beide Herren, die auf der Tribüne interessiert unsere Debatte verfolgen), ein Projekt entwickelt haben, welche eine Möglichkeit aufzeigt, ohne Beteiligung der öffentlichen Hand den Bau eines neues Fussballstadions zu realisieren, und zwar mit Mantelnutzung wie bereits in vielen anderen Schweizer Städten.

Für die Stadt hat der Standort erste Priorität. Herblingen erweist sich aus Gründen der Erschliessung, der Verkehrsanbindung und aus Sicherheitsgründen als ideale Standortwahl. Die FCS AG kontaktierte und involvierte die Stadt bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt und in unzähligen intensiven Gespräche wurden verschiedene Planungsschritte erarbeitet, bis das Projekt der Öffentlichkeit im letzten Herbst vorgestellt wurde und die Vorlage auf dem Tisch lag.

Es wurde erwähnt, der Stadtrat betreibe eine Verhinderungspolitik und habe keinen Spass. Ich glaube, Herr Preisig, dass eine Planung dann Spass macht, wenn man eine von Erfolg gekrönte Zielrichtung einschlägt. Das Betreten einer Einbahnstrasse würde wenig Spass machen. Der bisher begangene und eingeschlagene Weg mit vielen fundierten Vorabklärungen und dem Ziel, mit der jetzigen Umzonungsvorlage eine maximale Planungssicherheit für die Weiterentwicklung des Projektes herzustellen und zu garantieren, ist sehr erfolgsversprechend. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg und werden noch viel Spass erleben, spätestens bei der Eröffnung.

Für den jetzigen Standort musste die richtige Zone gewählt werden; man hätte auch mit einer Ausnahmegewilligung arbeiten können, allerdings wäre diese Variante mit sehr viel mehr Risiko verbunden gewesen und hätte nicht die nötige Planungssicherheit garantiert. Bei einem Neubau ohne Mantelnutzung hätte die Zone ZÖBAG (Zone für öffentliche Bauten und Anlagen) in Betracht gezogen werden können. Mit dem geplanten Einkaufszentrum als Mantelnutzung ist die Zone *Industriezone mit Dienstleistungen* die richtige Wahl, die auch ermöglicht, dass vom Parlament oder dem Souverän innerhalb nützlicher Frist eine Genehmigung vorliegt.

Dies sind die Gründe der Ihnen vom Stadtrat vorgeschlagenen Umzonungsvorlage.

Die Kombination mit dem Einkaufszentrum hat den Vorteil, dass die Stadt das Stadion nicht finanzieren muss; gleichzeitig bedeutet es auch gewisse Konkurrenzierung zur Altstadt. Dies ist auch der Hauptgrund, warum Ihnen der Stadtrat empfiehlt, die Umzonung der Volksabstimmung zu unterstellen.

Die Frage, die sich sowohl in der SPK als auch in der Bevölkerung stark bemerkbar machte, lautet: Braucht es wirklich ein Stadion? Die Antwort ist ein eindeutiges Ja. Sobald der FCS in der Challenge League unter den fünf Erstplatzierten ist, muss relativ rasch der Nachweis erbracht werden, dass bei einem allfälligen Aufstieg die Bedingungen zum Spielen in einem vorschriftsgemässen Stadion erfüllt sind. Es gibt natürlich noch weitere Gründe wie zum Beispiel die Möglichkeit für Spiele der Junioren-Nationalmannschaft oder für Frauenfussballspiele. Die geplante

Stadionskapazität vergrössert sich lediglich von heute bereits zugelassenen 7'500 auf 8'000 Zuschauer. Das Freundschaftsspiel gegen Bayern München ist bereits ausverkauft. Dies zeigt, dass auch in Schaffhausen durchaus Bedarf nach Spielen mit 8'000 Zuschauern besteht.

Das Angebot der Marazzi AG ist auch für Schaffhausen eine sehr gute Offerte und eröffnet die Möglichkeit auf der Breite andere Schwerpunkte zur Umsetzung des PASS-Projektes zu setzen. Ohne neues Fussballstadion wäre dies gar nicht möglich. Der Stadtrat steht auch deshalb dem Projekt positiv gegenüber.

Bezüglich Verkehrsplanung sind bereits grosse Vorarbeiten geleistet worden, die nicht nur auf das Stadion ausgerichtet sind, sondern die gesamte Verkehrsentwicklung bei voller Ausnutzung aller Bauzonen im Industriegebiet im Herblingertal mitberücksichtigen. Die Kosten für den Ausbau der Infrastruktur (MIV/ÖV) werden anteilmässig den verschiedenen Projekten berechnet, ebenso gelten die Auflagen des Stadionprojektes bereits bei allen anderen Projekten, wie zum Beispiel Aldi/GVS.

Im Bereich Verkehr werden Erschliessungsarbeiten notwendig sein. Die Projektierung des Ausbaus der Haltestelle Herblingen der Deutschen Bahn liegt beim Kanton, was im Gesamtverkehrskonzept bereits vorgesehen ist. Auch die Verknüpfung des städtischen Busses mit der Haltestelle Herblingen ist ein Punkt, der in der neuen Netzentwicklungsstudie der VBSH berücksichtigt und unabhängig vom Projekt des Fussballstadions für das Herlingertal sehr wichtig ist.

Gemäss dem vom Stadtrat genehmigten Richtplan ist ein weiteres Einkaufszentrum im Herblingertal vom Verkehr her verkräftbar. Wir glauben, dass das Projekt für die Stadt Schaffhausen eine Chance bedeutet, einerseits kann das Projekt PASS realisiert werden, andererseits handelt es sich um einen guten Standort.

Der Stadtrat schlägt Ihnen vor, der Zonenplanänderung zuzustimmen und im Zeitraum zwischen der Zonenplanänderung und der Baueingabe einen verwaltungsrechtlichen Vertrag mit den Initianten auszuhandeln. In diesem Vertrag sind verschiedene Punkte enthalten, die bereits bei anderen Baubewilligungen verlangt wurden oder aber der Sicherheit dienen, dass möglichst keine grossen Einsprachen gegen die Baubewilligung erfolgen werden. Einerseits ist die Parkplatzbewirtschaftung betroffen, die jedoch eine gesetzliche Grundlage auf kantonaler Ebene voraussetzt. Der Stadtrat beabsichtigt, die Regelung für alle Einkaufszentren oder verkehrsintensive Anlagen gleichzeitig einzuführen. Es gilt jedoch auch andere Punkte, wie zum Beispiel der Schutz des Quartiers und die Verkehrsanbindung abzuklären. Der Hauptgrund, warum der verwaltungsrechtliche Vertrag noch nicht abgeschlossen wurde, ist ein zeitlicher Grund. Wir glauben aber, dass bis zur Volksabstimmung noch genügend Zeit dafür zur Verfügung stehen wird.

Ein ebenso wichtiger Aspekt ist die Nutzungsmöglichkeit durch andere Vereine oder andere Institutionen der öffentlichen Hand. Es gilt auch hier, entsprechende Vereinbarungen gemeinsam auszuhandeln und in den verwaltungsrechtlichen Vertrag aufzunehmen. Die erwähnten Punkte wurden bereits mit den Initianten vorbesprochen. Diese sind mit dem Vorgehen mehrheitlich einverstanden.

Abschliessend zur Situation der Volksabstimmung:

Der Stadtrat wurde stark kritisiert, dieses Projekt der Volksabstimmung unterbreiten zu wollen. Es ist sicherlich richtig, dass es sich nur um eine Abstimmung über die

Zonenplanänderung handelt und nicht über das eigentliche Projekt abgestimmt werden kann. Aufgrund der langen Beratungszeit und der verschiedenen Varianten des neuen Stadions bezüglich Wahl des Standortes, Bau mit oder ohne öffentliche Unterstützung und Situation mit dem Einkaufszentrum haben den Stadtrat dazu bewogen, Ihnen zu empfehlen, das Projekt freiwillig der Volksabstimmung zu unterstellen, welche am 2. September 2007 stattfinden könnte. Es bleibt also genügend Zeit die weitere Projektierung an die Hand zu nehmen.

Der Stadtrat glaubt, mit diesem Vorgehen das Projekt nicht weiter zu verzögern und ist der Auffassung, dass - sofern die Bevölkerung dahinter steht - ein weiterer positiver Schub für die Umsetzung des Projektes ausgelöst werden könnte und ein Meilenstein für das neue Fussballstadion in Schaffhausen gesetzt würde. "

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme Stadtpräsident

"Ich danke Peter Käppler, dass er den Entscheid des Stadtrates gemäss Antrag 4 in der Vorlage verteidigt hat, den der SR Ihnen angesichts der besonderen Wichtigkeit der Vorlage beantragt. Selbstverständlich handelt es sich um eine freiwillige Abstimmung, das Parlament und nicht der SR entscheidet darüber, ob der Beschluss einer Volksabstimmung unterstellt werden soll oder nicht. Der Stadtrat kann heute Abend die Chancen, mit diesem Antrag zum Erfolg zu kommen, relativ gut beurteilen.

Der SR erinnert daran, dass die Schaffung der Industriezone Herblingertal im Jahr 1964 in beträchtlichem Ausmass mit öffentlichen Geldern finanziert worden ist, was die heute zur Debatte stehende Zone grundlegend von anderen Zonen unterscheidet, wo man ebenfalls Zonenplanänderungen durchführen möchte. 1964 fand eine Volksabstimmung statt. Es wurden stattliche Fr. 21,6 Mio. in die Bereitstellung dieser Industriezone investiert. Fr. 14,4 Mio. wurden damals von den Privateigentümern der damaligen Genossenschaft "Industriequartier Herblingertal" bereitgestellt. Daraus entstand eine Zone, die gemäss Punkt 4 der Anträge der damaligen Volksabstimmung dafür geschaffen wurde, Industrieunternehmen und Gewerbebetrieben die Ansiedlung im Herblingertal zu erleichtern. Die Einwohnergemeinde ging damals noch viel weiter, sie beschloss wie folgt: *"Der Stadtrat wurde ermächtigt, den städtischen Grundbesitz innerhalb des Perimeters in eigener Kompetenz und soweit möglich gegen Realersatz zu veräussern. Die getätigten Kauf- und Tauschgeschäfte sind dem GrSR zur Kenntnis zu bringen."*

Ein Blick auf die damals der Einwohnergemeinde vorgelegten Industrie- und Gewerbepläne zeigt, dass das heute zu Dienstleistungszwecken umzuzonende Grundstück im Teilgebiet G liegt - anders als das Areal Stüdliacker, wo heute das Shopping Center Herblingertal liegt - und eben von diesem Kreditbeschluss der Einwohnergemeinde direkt erfasst ist.

Die von Peter Käppler bereits erwähnte Grössenordnung der geplanten Einkaufsflächen bewegt sich zwischen 13'000 bis 15'000 m² und gibt nach Meinung des Stadtrates dem Vorhaben eine durchaus hohe Wichtigkeit, da es sich praktisch um eine Verdoppelung der Fläche des Herblingertals handelt und sich damit auf den Split der bereits vorhandenen drei Einkaufszentren Herblingertal, Altstadt und Feuerthalen auswirken wird. Das Vorhaben wird die Einkaufsströme verändern, dessen müssen wir uns bewusst sein. Darin kann natürlich auch sehr viel Positives liegen.

Hier liegt neben dem Grundsatz, dass 1964 das Volk bewusst in eine Industrie- und

Gewerbezone investiert hat, auch der zweite Grund, warum Ihnen der Stadtrat empfiehlt, die Zonenplanänderung vor das Volk zu bringen. Wir schätzen die volkswirtschaftlichen Auswirkungen als relevant ein, dies durchaus mit Potenzial im positiven Sinn. Die Verlegung der Stadionnutzung von der Breite ins Herblingertal ermöglicht erwünschte Impulse zur Weiterentwicklung des Wohngebietes Breite, die heute durch die veraltete Stadionanlage blockiert sind. Sie ersehen daraus die Wichtigkeit des Projektes, und gerade solche Projekte sind mit Art. 10 lit g des Stadtverfassung gemeint, wenn dort von besonderer Wichtigkeit gesprochen wird. Der vom Stadtrat an Sie gestellte Antrag des Stadtrates ist somit nicht völlig abwegig.

Ich möchte abschliessend noch eine persönliche Stellungnahme zum unerfreulichen Vorwurf, ich hätte aktiv verhindert, dass eine bei Jungen angesagte Kleiderkette in der Stadt Fuss fasst. Dieser Vorwurf ist absolut aus der Luft gegriffen, lieber Daniel Preisig. Nach rund 11 Jahren Stadtpräsidium und im 19. Jahr meiner Arbeit im Stadtrat habe ich es wirklich nicht nötig, mich auf diese Weise "anpflaumen" zu lassen. Entweder Sie nennen jetzt Ross und Reiter, die Gelegenheit sowie die Mittel, mit welchen ich diese bei Jungen angesagte Kleiderkette verhindert hätte, oder Sie entschuldigen sich für diesen einseitigen Vorwurf. Sie streuen damit - und das haben Sie auch schon bei der Stadtbildvorlage getan - Halb- und Unwahrheiten sowie Falschbehauptungen. Es trifft nicht zu, was Sie erzählen. Wenn Sie meinen, über Informationen zu verfügen, die das Gegenteil beweisen, bitte ich Sie, diese offen vorzulegen, und zwar hieb- und stichfest.

Zum Ammenmärchen vom investitionsverhindernden Stadtrat bitte ich Sie, durch die Stadt zu gehen und selbst festzustellen, wo überall Projekte am Laufen sind: Landhaus Kiefer, Güterhof, Fischerhäuserberg, IWC, Geisshof (mit Einschränkungen). Der Stadtrat hat diese Stadt mit Investitionen massiv belebt und nur dank einer sorgfältigen Planung, die bereits vom Baureferent erwähnt wurde. Beim heutigen Einsprachewesen, vor allem auch im Bau und den vielfältigen kaufmännischen Risiken ist das "A und O" einer erfolgreichen Investitionspolitik das sorgfältige Planen. Lieber Herr Preisig, ich rate Ihnen, machen Sie die Augen anstatt die Klappe auf. "

Walter Hotz (FDP)

Votum

"Es ist einiges schon gesagt worden, und auch ich bin ein Befürworter dieser Umzonung. Wenn man davon spricht, dass keine Kosten entstehen, erscheint mir dies ein gewagtes Wort, weil die Infrastruktur doch einiges kosten wird. Ich bin der Meinung, dass alle Bürger in diesem Fall ein Recht haben müssen, ihre Meinung zur Umzonung sagen zu können. Wenn Sie heute schon die Bevölkerung hinter dieser Umzonung haben - und wir in diesem Rat sind überzeugt, dass dieser Umzonung zugestimmt wird - werden Sie diese auch dann haben, wenn es sich um heikle Projektierungen handelt. Ich denke dabei hauptsächlich an Zürich, wo einige Einsprachen beim Bau des Stadions eingereicht wurden.

Es ist sehr ehrenwert, wenn private Unternehmer sich im Fussball oder im Handball engagieren. Ich möchte an dieser Stelle jedoch auch einmal sagen, dass es mich ausgesprochen hässig macht, wenn der nationale Verband mit seiner royalistischen Führungsstruktur dem Steuerzahler vorschreibt, was er zu Bauen hat, und der Steuerzahler, beziehungsweise die Exekutive muss dann handeln.

Ich habe Verständnis für den Stadtrat, wenn er eine Volksabstimmung bevorzugt,

weil er längerfristig denkt und weiss, dass in 10 oder 20 Jahren die Verantwortlichen, die heute alles anreissen, nicht mehr an der Spitze sind. Wir sehen es bei der KSS, die Stadt muss jedes Jahr eine Million Defizit bezahlen. Die KSS war damals auch ein Projekt eines initiativen Turnlehrers. Ich bitte Sie, diesem Antrag 4 zuzustimmen, und sie werden mit dem, dass die Bevölkerung auch dahinter steht, die Gewissheit haben, dass dieses Stadion ohne grosse Probleme aufgebaut werden kann. “

Dr. Paul Bösch (OeBS)**Votum**

”Ich mache es ganz kurz und möchte auf einen Bemerkung von Daniel Preisig reagieren, wo er in einem Seitenhieb sagte, der FCS Park müsse dann teuren Ökostrom einkaufen. Wenn ich mir vor Augen führe, wie viel Solarzellen in Bern auf dem Stade de Suisse stehen, dann kann der FCS Park Strom verkaufen und muss ihn nicht einkaufen. “

Kurt Zubler (SP)**Votum**

”Ich gehöre zur Minderheit der SP/AL-Fraktion, die sich im Punkt 4 der Anträge auf die Seite des Stadtrates schlägt und findet, dass der SR eine sehr kluge Haltung einnimmt.

Ich kann vorausschicken, dass die SP/AL-Minderheit den gewählten Standort den richtigen findet und mit dem Bau des Stadions im Herblingertal wichtige Stadtentwicklungen möglich werden können. Wir haben heute mehrfach von den Gegnern der Volksabstimmung gehört, es handle sich nur um eine Umzonung und nicht um ein Fussballstadion. Trotzdem haben sich alle Rednerinnen und Redner nur über das Fussballstadion ausgelassen. In der Vorlage ist ja nicht nur einfach ein Zonenplan enthalten, sondern vor allem auch ein Fussballstadion vorgelegt worden. Es ist klar, dass ohne diese Umzonung der Bau des Stadions nicht möglich sein wird, gleichzeitig ist es aber auch der einzige Moment, wo das Volk überhaupt etwas dazu sagen kann. Wir haben bereits gehört, es handle sich nur eine Umzonung, und wir würden dem Volk glauben machen, es könne zum Fussballstadion etwas sagen, dabei stimme dies gar nicht. Natürlich ist es Sache des Stadrates, eine Vorlage so vorzubereiten, dass das Volk genau versteht, worüber es abzustimmen hat, nämlich über eine Umzonung, welche die Voraussetzung zum Bau eines neuen Fussballstadions bildet. Es ist ein Projekt von grosser Bedeutung und Tragweite, es ist der neue Stadionstandort, das Projekt PASS, die Weiterentwicklung auf der Breite, ein Ankick für die Breite, das Herbling- und Birch-Quartier sowie eine Abgabe von Industriegebiet, und es ermöglicht die Entstehung eines neuen Einkaufszentrums. Das heisst, mit dieser Umzonung wird “eine grosse Kiste” ausgelöst.

Es wurde ebenfalls erwähnt, wir sollten die erhaltenen Kompetenzen wahrnehmen. Als es im Kantonsrat darum ging, die kantonalen Steuerverwaltungen zu zentralisieren, gehörte die SP/AL-Fraktion auch zu diejenigen, die der Meinung waren, diese bedeutende Entscheidung sei freiwillig der Volksabstimmung zu unterstellen. Die Gegner argumentierten dort genau gleich, man solle die erhaltenen Kompetenzen doch wahrnehmen. Es ist hier eine sehr deutliche Parallele zu sehen. Wenn man sagt, dass die kantonale Zentralisierung des Steuerwesens beim Kanton umstritten sei und man die Wahrnehmung unserer Kompetenzen in solchen Fragen abgeben wolle, erscheint mir dies doch sehr fragwürdig. Die Parlamente müssten ja auch dann den Mut haben, zu ihren Entscheiden zu stehen, wenn die Fragen umstritten sind. Wir haben jedoch unsere Kompetenzen auch im Rahmen der

Stadtverfassung wahrzunehmen, und dort haben wir die Kompetenz, nach Art. 10 lit g ein Geschäft im Rahmen einer bedeutenden Vorlage freiwillig dem Volk vorzulegen.

Es wurde ebenfalls von Alfons Cadario dargelegt, die Leute würden allenfalls einer Verwechslung unterliegen und andere Sportprojekte seien damit gefährdet. Aber ich halte das Volk ganz und gar nicht für dumm. Es sollte doch möglich sein, der Bevölkerung klar darzulegen, worüber sie abstimmt und was damit ausgelöst wird.

Es scheint mir viel mehr, die Angst gehe um, es könnte eventuell doch ein Nein resultieren, und deshalb sollte eine Abstimmung vermieden werden. Ich schliesse mich in diesem Punkt der Meinung von Walter Hotz an, denn es geht in erster Linie darum, positiv zu kommunizieren und aufzuzeigen, welche Konsequenzen entstehen werden. Nicht nur der Stadtrat und das Parlament, sondern auch die Unternehmer werden gestärkt aus dieser Abstimmung hervorgehen.

Gerade weil der Stadtrat in Antrag 4 die Variante vorgelegt hat, die Umzonung freiwillig der Volksabstimmung zu unterstellen, ist es auch taktisch falsch, diese Abstimmungsthematik abzulehnen. Wir senden mit dem Versuch, dies aus Angst vor den möglichen Folgen zu verhindern, ein falsches Signal aus. Ich rufe Sie deshalb auf, den Mut zu haben, den SR bei diesem weisen und grossmütigen Entscheid zu folgen und ihn in dieser demokratischen Grösse zu unterstützen. “

Alfons Cadario (EVP)

Stellungnahme SPK-Präsident

”Es möchte doch feststellen, dass wir bereits heute über das Fussballstadion und nicht über die Umzonung diskutieren, und genau dies wird bei der Bevölkerung auch passieren. Das Fussballstadion erscheint mir nicht gefährdet, aber die weiteren Sportanlagen wie die KSS oder das Handballzentrum sehe ich in Gefahr. Ich bin dafür, dass wir dieses Thema in der uns übertragenen Kompetenz entscheiden sollten. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest die Vorlage Seiten 1-7 sowie die Anträge auf Seite 8 und die Beilagen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 15. Mai 2007 betreffend Zonenplanänderung Nr. 2 Herblingertal.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der beantragten Umzonung von ca. 31'608 m² von GB Nr. 21130 und ca. 2837 m² von GB Nr. 21719 von der Industriezone in die *Industriezone mit Dienstleistungen* zu.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
3. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, im Zusammenhang mit der

Zonenplanänderung mit der Bauherrschaft des "FCS-Parks" einen verwaltungsrechtlichen Vertrag mit folgenden Eckpunkten abzuschliessen:

- Festlegung der Beteiligung an den Kosten für den Ausbau der Infrastruktur (MIV/ÖV) und des Beitrags an den Fonds zur Attraktivierung der Altstadt in Form eines Pauschalbetrages - im Sinne der Planungssicherheit für die Bauherrschaft. Die Höhe des Beitrags ist - nach Vorliegen verlässlicher Kostenschätzungen für den Infrastrukturausbau - noch zu bestimmen.
- Festlegung einer verbindlichen Obergrenze für die Verkaufsflächen.
- Festlegung des anzustrebenden Nutzungsmixes im Einkaufszentrum: In erster Linie Geschäfte mit Produktgruppen, welche die Altstadt nicht konkurrenzieren (Möbel, Baumarkt etc.) und Nutzungen, welche in Schaffhausen bisher unterdurchschnittlich vertreten sind (z.B. Möbel).
- Bezeichnung von weiteren Nutzungen im Stadion, mit Art, Dauer und jährlicher Anzahl. Weitere Sportveranstaltungen sind erwünscht (Fussballspiele, Schwingerfest, Turnfest etc.), Konzertveranstaltungen sind nur in begrenzter Zahl und mit entsprechenden Auflagen denkbar.
- Festlegung eines Minimalanteils an erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch (Strom und Wärme).

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Dieser Beschluss wird nach Art. 10 lit. g der Stadtverfassung der Volksabstimmung unterstellt.

Wortmeldung Alfons Cadario (EVP) wie folgt:

Antrag auf Streichung des Antrages 4.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 34 : 11 Stimmen die Streichung des Antrages 4 gut.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 15.05.07 mit **46 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Der **Ratspräsident** fragt den Sport- und Baureferenten an, ob die Vorlage Machbarkeitsstudie eines Fussballstadions vom 7. Januar 2003 gestrichen werden kann.

SR Peter Käppler nimmt in Abstimmung mit dem Kommissionspräsidenten diesen Antrag an, da das vorgestellte Projekt realisiert werden kann und somit der Zweck der Machbarkeitsstudie erfüllt ist.

Alfred Tappolet (SVP) hält fest, dass somit gleich 2 Traktanden von der Pendenzenliste gestrichen werden können.

**Traktandum 3 Jahresrechnung 2006 der Einwohnergemeinde
Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilungen
WoV/Geschäftsbericht des Stadtrates zur Kenntnis**

Alfred Zollinger (SVP)

Sprecher der GPK

"Vor einem Jahr machte ich unter anderem die folgende Aussage zur Rechnung 2005: Die anziehende Konjunktur hat ihre ersten positiven Spuren hinterlassen. Aufgrund der jetzigen und prognostizierten Wirtschaftslage kann die Zukunft optimistisch betrachtet werden.

Diese Aussage schlägt sich klar in der Rechnung 2006 nieder. Diese schliesst bei Einnahmen von Fr. 217'196'713.17 und Ausgaben von Fr. 214'453'255.49 mit einem Ertrags-Überschuss von Fr. 2'743'457.68 ab. Budgetiert war ein Aufwand-Überschuss von Fr. 608'700.--, das heisst die Rechnung hat sich um Fr. 3'352'157.68 verbessert gegenüber dem Budget.

Das Kapitalkonto erhöhte sich um den Ertragsüberschuss und beträgt nun Fr. 7'120'365.15, womit ein kleines Polster vorhanden ist, das aber immer noch zu keinen ausserordentlichen Begehrlichkeiten Anlass gibt. Bitte erinnern Sie sich an diese Aussage beim Budget 2008.

Wesentlich zu diesem besseren Ergebnis haben die gesamten Mehr-Steuereinnahmen, siehe Konto 9000 Gemeindesteuern/Ertrag, von Fr. 7,3 Mio. beigetragen, die zu rund 80% den juristischen Personen zu verdanken sind. Dadurch konnten die markanten Mehrausgaben im Personalbereich, die Nettoausgaben der Sozialhilfekosten und vor allem der Sachaufwand Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt verkraftet werden.

Zusätzlich wurde der einmalige Nationalbankgold-Ertrag von Fr. 8,7 Mio. auf der Aufwandseite durch höhere Abschreibungen von Fr. 5,9 Mio. und die vorgenommene einmalige Zinsabgrenzung von Fr. 3,8 Mio. mehr als kompensiert. Die periodengerechte Abgrenzung der Zinsen ist eine Vorgabe des Finanzhaushaltsgesetzes, deren Umsetzung von der Finanzkontrolle erstmals gewünscht wurde. Es handelt sich um einen in dieser Höhe einmaligen buchungstechnischen Vorgang. In Zukunft werden die Zinsen jährlich abgegrenzt. Somit ergeben sich in Zukunft nur noch bei Darlehensrückzahlungen, beziehungsweise Darlehensaufnahmen Auswirkungen auf die Laufende Rechnung. Die Abschreibungen liegen mit 17% deutlich über dem vom Gemeindegesezt vorgegebenen Satz von 10%.

Weitere Abweichungen der Rechnung 2006 gegenüber dem Budget können den Seiten III – V entnommen werden.

Erfreulich ist festzustellen, dass sich mit Ausnahme der Zinsbelastungsquote und des Investitionsanteils die übrigen Kennzahlen verbessert haben. Die ungedeckte Schuld konnte von Fr. 60,2 Mio. auf Fr. 53,3 Mio. reduziert werden, was somit einer pro Kopf Verschuldung von Fr. 1'569.08 gegenüber Fr. 1'771.20 im Vorjahr entspricht.

Auch die vier WoV-Pilotabteilungen haben kostenbewusst gearbeitet, einmal mehr sehr gute Leistungen erbracht, was sich in der Jahresrechnung mit der Einlage in die entsprechenden Fonds der einzelnen Abteilungen im Gesamtbetrag von Fr. 132'600.-- niederschlägt.

Die vereinbarten Leistungsziele wurden überall erreicht, die Soll-/Ist-Vergleiche sind bei den einzelnen Leistungszielen ersichtlich und kommentiert. Bei Stadtarchiv, Stadtgärtnerei und Steuerverwaltung sind die Abteilungsergebnisse besser als budgetiert. Kumuliert erreichen alle Pilotabteilungen einen um 2% besseren Kostendeckungsgrad als geplant.

Für die Abteilungen Altersheim Steig, Stadtarchiv und Steuerverwaltung ist es gemäss Beschluss des Grossen Stadtrates vom 20. Juni 2006 das letzte Mal, dass neben der Jahresrechnung und dem Jahresbericht nach konventioneller Finanzbuchhaltung zusätzlich Jahresabschlussdokumente nach WoV-Grundsätzen erstellt werden durften. Besten Dank für die zusätzlich geleistete Arbeit und Erkenntnisse, die daraus gewonnen werden konnten.

Per Saldo ist festzustellen, dass sich die Stadtfinanzen gegenüber 2005 um einiges verbessert haben. Sehr positiv kann auch bezeichnet werden, dass der Stadtrat eine Arbeitsgruppe beauftragt hat, weitere Optimierungsvorschläge zur Entlastung des Finanzhaushaltes zu erarbeiten, denn bis auf weiteres besteht kein Grund zum Übermut. Ich gehe davon aus, dass wir zu gegebener Zeit über die Optimierungsergebnisse informiert werden.

Die GPK ist am 11. April 2007 mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, auf die Rechnung 2006 eingetreten. Zwei Gruppen wurden gebildet, die je einen Fragenkatalog zuhanden des Stadtrates zusammenstellten. Usanzgemäss gehörte der Sprechende beiden Gruppen an.

Am 31. Mai 2007 fand dann die erste Sitzung hinsichtlich Beantwortung der gestellten Fragen statt. Die sogenannte „Elefantenrunde“ wurde am 14. Juni 2007 durchgeführt.

Alle Fragen konnten durch Stadträtin Veronika Heller, den Stadtpräsidenten und die übrigen Stadträte, Johanna Theiler von der Zentralverwaltung, Alfred Stamm von der FIKO sowie Werner Bianchi vom Controlling zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet werden.

Die Abschlussbesprechung mit den Leitern der WoV-Pilotabteilungen wird nach den Sommerferien stattfinden, das heisst sobald entsprechende Auswertungen über die Pilotbetriebe aufgearbeitet sind.

In der Schlussabstimmung am 14. Juni 2007 hat die GPK einstimmig mit 7 : 0 Stimmen den beiden Anträgen des Stadtrates, siehe Seite XXVI der Jahresrechnung 2006, zugestimmt, das heisst die Jahresrechnung 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen sowie die Mehrausgaben von Fr. 70'000.-- für die Defizitdeckung der KSS zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet. Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wurden auch die Leistungsaufträge und Jahresberichte der 4 WoV-Pilotabteilungen gutgeheissen.

In der Zwischenzeit habe ich noch den Brief der Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen, datiert 21. Juni 2007, erhalten, dessen Inhalt ich wie folgt zitiere:

Die Finanzkontrolle führt gegenwärtig die Prüfung der Jahresrechnung 2006 durch und steht kurz vor deren Abschluss.

Im Rahmen der Prüfungen zur Jahresrechnung 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen haben wir ebenfalls die Umsetzung unserer Empfehlungen aus dem Vorjahresbericht überprüft. Unsere Empfehlungen wurden im Wesentlichen umgesetzt, beziehungsweise die Massnahmen zu ihrer Umsetzung eingeleitet.

Gegenwärtig sind noch die Prüfung des separaten Bereichs der Steuern sowie von Teilbereichen der Bestandesrechnung in Arbeit. Die Revisionen der Verkehrsbetriebe Schaffhausen VBSH und damit die Prüfung der Beiträge der Stadt an die VBSH sowie der KSD werden im Juli 2007 abgeschlossen.

Auf Grundlage der Wesentlichkeit wurde für die zu prüfenden Buchungen der Laufenden Rechnung (gesamthaft 89'312 Buchungen, Vorjahr: 79'899 Buchungen) eine Betragshöhe von Fr. 200'000.00 festgelegt. Daraus resultierten 661 (Vorjahr: 626) zu prüfende Buchungen (406 Eingangs- und 255 Ausgangsbuchungen). Diese Prüfungen werden gegenwärtig durchgeführt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt unserer Prüfungstätigkeit gibt es keine Einwände gegen eine Abnahme der Jahresrechnung 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen durch den Grossen Stadtrat.

Nimmt der Grosse Stadtrat noch Änderungen an der Jahresrechnung 2006 vor, so werden wir unsere Prüfungen entsprechend anpassen. Nach Fertigstellung des Revisionsberichts und dessen Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird Ihnen eine Kopie des Berichts zugestellt werden.

*Freundliche Grüsse
Finanzkontrolle
Alfred Stamm, Chef Finanzkontrolle
Patrik Eichkorn, Leitender Revisor*

An Ihren Plätzen liegen einige Blätter zwecks Austausch in der Jahresrechnung 2006, was Sie in der Zwischenzeit sicher bereits vorgenommen haben sowie die Details zu Antrag 2, KSS, auf. Den Jahresbericht der KSS haben Sie bereits mit separater Post erhalten.

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen, speziell allen WoV-Abteilungsleitern, dem Controller, der Finanzkontrolle, der Zentralverwaltung, der Finanzreferentin sowie den Herren Stadträten für die geleistete Arbeit sehr herzlich. Und last but not least sind darin selbstverständlich unsere Ratssekretärin, Gaby Behring, sowie meine GPK-Kolleginnen und Kollegen eingeschlossen.

Treten Sie auf die Rechnung 2006 sowie die Leistungsaufträge und Jahresberichte der 4 WoV-Pilotabteilungen ein und stimmen Sie den beiden Anträgen gemäss Seite XXVI der Jahresrechnung 2006 der Stadt Schaffhausen zu, wofür Ihnen die GPK im Voraus dankt.

Fraktionserklärung SVP/JSVP/EDU:

Die Fraktion SVP/JSVP/EDU wird auf die Rechnung 2006 sowie die Leistungsaufträge und Jahresberichte der 4 WoV-Pilotabteilungen 2006 eintreten

und den beiden Anträgen zustimmen.

Erfreut haben wir vom besseren Ergebnis gegenüber dem Budget Kenntnis genommen, wofür wir allen Beteiligten bestens danken. Dass die Rechnung 2006 vor allem dank höherer Steuereingänge der juristischen Personen besser als budgetiert ausfallen wird, war uns bereits bei der Behandlung des Budgets 2007 klar, obwohl sich der Stadtrat gegen eine zusätzliche Steuersenkung wehrte. Mit mehr offener Informationen könnten solche unnötigen Situationen vermieden werden.

Dass die Gold-Millionen praktisch für vermehrte Abschreibungen und die einmalige Zinsabgrenzung verwendet wurde, können wir akzeptieren. Dieses Vorgehen wird für die folgenden Rechnungen eine bessere Ausgangslage ergeben.

Wenn nun auch Fr. 7,1 Mio. im Kapitalkonto liegen, darf das trotzdem keine Nice-to-have-Begehrlichkeiten auslösen. Nach wie vor können wir nicht übermütig werden. Trotz eines kleinen Polsters ist nach wie vor bei der Behandlung von Vorlagen mit jährlichen Folgekosten die Frage zu stellen: „Wie, beziehungsweise womit können diese Mehrausgaben kompensiert werden?“

In der Detailberatung werden wir allenfalls noch Fragen stellen.

Im Hinblick auf das Budget 2008 erwarten wir eine frühzeitige offene Information, woraus die Auswirkungen der Umsetzung des NFA und des neuen kantonalen Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes ersichtlich sind.

Auch wäre es Zeit, dass aus dem Stadthaus die Vorlage hinsichtlich der überwiesenen Motion von Erwin Sutter (EDU) *Finanzielle Hochrechnung vom 21. Juni 2005*, erheblich erklärt am 23.08.05, präsentiert wird. Es muss ja damit nicht unbedingt 3 Jahre zugewartet werden. “

Der **Ratspräsident** begrüsst Thomas Jaquet aus der ZV, der dem Rat für allfällige Fragen zur Rechnung 2006 zur Verfügung steht.

Mariann Keller (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

„Auf die Einzelheiten der Rechnung ist der GPK-Präsident ausführlich eingegangen, ich werde mich deshalb kurz halten. Zuerst möchte ich mich allen Dankesreden meiner Vorredner und Vorrednerinnen anschliessen.

Die Frage stellt sich wie jedes Jahr: Was soll überhaupt zu einer Rechnung gesagt werden? Das Geld ist ja bereits ausgegeben. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle einige Worte zu den WoV-Leistungszielen verlieren.

So hat vor allem beim WoV-Betrieb Steig das Leistungsziel Aktivierung Anlass zu Diskussionen geben. Exemplarisch kann an diesem Leistungsziel aufgezeigt werden, dass je nach Formulierung und Definition eines Leistungsziels nicht per se Transparenz und Qualität geschaffen wird. Erst auf Nachfrage der GPK wird deutlich, was unter den zwei Aktivitäten pro Tag konkret angeboten und gemessen wird. So gelten das regelmässige Tee und Kaffeetrinken und die Mobilisation der Bewohnerinnen und Bewohner auch als Aktivierungsaktivität. Solche Leistungsziele entsprechen sicherlich nicht den gewünschten Qualitätsstandards, die mittels WoV angestrebt werden.

Die Rechnung schliesst fast traditionsgemäss besser wie budgetiert ab. Das gute Resultat ist zu einem grossen Teil den höheren Steuereinnahmen von Fr. 7,5 Mio. und dem Anteil am Nationalgold von Fr. 8,8 Mio. zu verdanken. Positiv zu erwähnen sind der hohe Selbstfinanzierungsgrad, die ausserordentlichen Abschreibungen von Fr. 5,9 Mio. und der Schuldenabbau von 11,4%.

Nicht zuletzt widerspiegelt die positive Rechnung auch das offensichtliche Kostenbewusstsein der Verwaltung, wofür sämtliche Mitarbeitende unseren Dank verdient haben.

Der gute Jahresabschluss verbessert die Voraussetzungen für zukunftsgerichtete und nachhaltige Investitionen, welche noch nicht das gewünschte Niveau erreicht haben.

Da der Finanzplan rein finanzielle Aspekte berücksichtigt und keine inhaltlichen Entwicklungen integriert, plädiere ich dafür, nicht mit unkoordinierten Steuersenkungen auf die positive Rechnung zu reagieren. Damit Schaffhausen eine attraktive Stadt bleibt, in der auch Wohlfahrt und Lebensqualität gross geschrieben werden, ist eine Finanzpolitik anzustreben, die zwar Leistungen hinterfragt und optimiert, die aber nicht statt auf weitere Steuersenkungen gezielt auf Investitionen in die Standortfaktoren setzt, die sich langfristig auszahlen; also eine Finanzpolitik, die zum Beispiel auch in das Bildungsangebot, die familienergänzende Betreuung, den öffentlichen Verkehr und in die Kultur investiert.

Die SP/AL-Fraktion wird auf die Rechnung 2006 eintreten und ihr in der vorliegenden Form zustimmen. Allerdings behalten wir uns vor, zu den einzelnen Punkten in der Detailberatung noch Fragen zu stellen. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

”Der GPK-Präsident hat die Rechnung und deren Behandlung in der GPK ausführlich und vollständig erläutert. Ich muss dem nichts hinzufügen.

In unserer Fraktion hat die Diskussion der Rechnung keine grossen Wellen geworfen. Das Geld ist ausgegeben, und wir freuen uns über den guten Abschluss. Allerdings haben einige ausserordentliche von der Stadt nicht beeinflussbare Umstände zu dem guten Resultat geführt. Zu denken gab bei uns die stetig steigenden EDV-Kosten. Wir werden diese Ausgaben im Auge behalten.

Die **OeBS/EVP-Fraktion** wird auf die Rechnung eintreten und ihr zustimmen. Wir danken der Verwaltung und allen städtischen Angestellten für ihren Einsatz und den verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern. “

Susanne Günter (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

”Was soll zu einem aussergewöhnlich guten Abschluss alles gesagt werden?

Die Rechnung 06 der Stadt Schaffhausen glänzt buchstäblich; jedoch nicht nur des Goldes wegen, sondern massgeblich wegen der vermehrten Steuereinnahmen, die vor allem dem wirtschaftlichen Umfeld zu verdanken sind.

Die FDP/jfsh-Fraktion ist erfreut über diesen guten Abschluss und hatte zur Rechnung in der GPK keine wesentlichen Fragen, die zur Diskussion Anlass

gegeben hätten.

Wir begrüßen die Strategie des Stadtrates an der Drittelslösung festzuhalten, wie im Finanzplan erwähnt, sind jedoch nach wie vor der Meinung, dass sich auch der Staat vermehrt am wirtschaftlichen Umfeld zu orientieren hat.

Anzeichen aus der Wirtschaft haben schon bei der Budgetberatung für das Jahr 2006 und besonders im letzten Jahr darauf hin gedeutet, dass wir einem sehr guten Jahr begegnen können. Es ist deshalb unerklärlich, warum sich der Stadtrat und insbesondere die linke Seite an der letzten Budgetdebatte vor dieser Entwicklung verschlossen haben.

Ich habe die Äusserungen jetzt noch in den Ohren, als Worte gefallen sind wie zum Beispiel Zaubertrick, Unverantwortlichkeit und fehlende Weitsicht, als wir die Position Steuereinnahmen angehoben haben.

Das Resultat kennen wir alle: Bei den Einkommens- und Vermögenssteuern sind rund Fr. 5,4 Mio. mehr eingegangen als budgetiert, und diese Zunahme ist fast ausschliesslich den höheren Zahlungen der juristischen Personen zu verdanken, so steht es im Bericht des Stadtrates.

Es muss doch auch klar sein, dass die Rechnungsergebnisse immer hinterher hinken und beim Budgetieren diese Faktoren miteinbezogen werden müssen. Juristische Personen werden in der Regel erst nach zwei bis drei Jahren definitiv abgerechnet, somit sind auch für die kommenden Budgets diese Faktoren mit zu berücksichtigen.

Zur Rechnung 2006 sprechen die Kennzahlen eine deutliche Sprache, fast alle Sparten haben eine wesentliche Verbesserung erfahren.

Dies ist ersichtlich aus den Schlussbemerkungen auf Seite XXIV, als man von einem Verlust von Fr. 0,6 Mio. ausging und schlussendlich bei einem Ergebnis von plus Fr. 3,3 Mio. steht.

Der gute Jahresabschluss 2006 sollte uns jedoch nicht verleiten, überschwenglich und übermütig zu werden und Ausgaben, die nicht unbedingt notwendig sind, einfach zu fordern und zu bewilligen, weil man momentan auf einem seidenen Kissen liegt.

In Zukunft stehen einige Herausforderungen an. Ich denke da an die Auswirkungen des Finanzausgleichsgesetzes, des Altersbetreuungs- und Pflegegesetzes sowie des NFA. All diese Umlagerungen im Staatshaushalt müssen zuerst einmal kanalisiert und neu überarbeitet werden.

Es werden Entlastungen - ich denke vor allem an die Abgeltung von Zentrumslasten - aber auch Belastungen für das kommende Geschäftsjahr auf uns zukommen, das uns jedoch bei der nächsten Budgetberatung beschäftigen wird.

Das Ziel ist und bleibt, alles zu unternehmen, um den Standort Schaffhausen, die Region und auch die Stadt für Neuansiedlungen aus Industrie und Gewerbe, aber auch für Privatpersonen attraktiv zu gestalten.

Mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen - und nur das zählt und liegt hier in unserer Hand - können wir mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung neue Firmen und Personen nach Schaffhausen bringen und somit weiterhin auf gute Steuerzahler

und gute Jahresergebnisse zählen.

Nur so können wir Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen. Hier möchte ich auch der Wirtschaftsförderung des Kantons, Thomas Holenstein und seinem ganzen Team für den unermüdlichen und professionellen Einsatz bei der Rekrutierung von neuen Firmen danken, aber auch zum Resultat, das aus lösungsorientierter Unterstützung für eingesessene Firmen zur Erhaltung und Erweiterung von Arbeitsplätzen hervorgeht.

Zurück zur Stadt, die FDP/jfsh-Fraktion bedankt sich bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die zum erfolgreichen Abschluss dieser Jahresrechnung beigetragen haben und die verantwortungsbewusst und zielorientiert ihre Arbeit erfüllt haben.

Ich persönlich bedanke mich beim Präsidenten der GPK, Alfred Zollinger, für seine umsichtige und fundierte grosse Arbeit in der GPK. Die **FDP/jfsh-Fraktion** wird auf die Rechnung 2006 eintreten und den Anträgen zustimmen. “

Theresia Derksen (CVP)

Votum

”Bei der Diskussion um das Budget 06 hatten wir Fraktionslosen die Hoffnung und Zuversicht geäussert, dass die Rechnung 07 wiederum besser ausfallen werden als budgetiert.

Dies ist nun erfreulicherweise eingetroffen. Allerdings ist festzustellen, dass im Personal- und Sachaufwand gegenüber dem Budget ein Mehraufwand ausgewiesen ist. Die trotzdem erfreuliche Rechnung verdanken wir dem Nationalbankgold und den höheren Steuereinnahmen. Immerhin konnten auch die Abschreibungen erhöht werden.

Positiv nehmen wir zur Kenntnis, dass der Stadtrat eine Arbeitsgruppe beauftragt hat, um weitere Optimierungsvorschläge zur Entlastung des Finanzhaushaltes zu erarbeiten.

Die CVP nimmt die Rechnung 06 und den Geschäftsbericht des Stadtrates positiv zur Kenntnis. Allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danken wir für ihre Arbeit und ihr Engagement zum Wohle der Stadt und ihrer Bewohner. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

”Für einmal ist die Rechnungsdebatte nicht auf die Finanzreferentin in meiner Fragenstellung fokussiert, sondern wir haben auch immer - wenn Rechnungszeit ist – Ernte- und Rückschauzeit auf das Geschehene und auf allfällige Veränderungen in den Rahmenbedingungen, die sich - wie bereits gehört - positiv auf den Rechnungsabschluss auswirken können, zu halten.

Wir haben am 10. Mai 2005 den Stadtrat beauftragt, bis Ende 2005 Einzonungsvorschläge für Bauland für gehobene Ansprüche vorzuschlagen. Im Oktober 2006 habe ich eine Kleine Anfrage gemacht, weil dieser grossstadträtliche Auftrag gesetzt war und im Gegensatz zu einer Motion nicht an eine Frist zur Erfüllung gebunden ist, aber wir haben die Frist auf Ende Jahr gesetzt. Meines Erachtens ist es wichtig, dass in Zeiten der Hochkonjunktur parallel zu den Bestrebungen im Mühletal und zu den intensiveren Nutzungen bereits bestehender

Bauflächen auch noch zusätzliche Angebote im Bereich des hochwertigen Baulandes erfolgen. Ich erinnere all diejenigen, die jetzt den Kopf schütteln, daran, dass Sie seinerzeit auch zugestimmt haben. Es ist erstaunlich und schade, dass jetzt einfach stillschweigend über diesen Auftrag hinweg gegangen wird. Wir würden besser im Markt stehen und allenfalls die Rahmenbedingungen setzen können, dass auch in schlechteren Zeiten Leute in Schaffhausen sicherstellen, dass die Einnahmen sich nicht nur negativ entwickeln. Ich hätte heute Abend gerne eine Antwort vom Baureferenten darauf, und nicht diejenigen der Kleinen Anfrage. Kollege Möller, Sie können die Frage stellen, warum ich dies hier zur Diskussion stelle. Es ist auch nicht der Platz bei einer Motionensammlung, es ist überhaupt nirgends der Platz. Eine weitere Motion kann ebenfalls nicht eingereicht werden, weil der Auftrag bereits erteilt ist. Deshalb habe ich mir erlaubt, dieses Thema pro memoria hier zu setzen.

Trotzdem möchte ich natürlich meiner Freude Ausdruck geben über diesen ausgezeichneten Rechnungsabschluss und den Hinweis an die Ratslinke anbringen, dass es der Stadtverwaltung und dem SR trotz moderater Steuersenkungen gelungen ist, Schulden abzubauen, mehr zu investieren, höhere Abschreibungen vorzunehmen und einen guten Selbstfinanzierungsgrad zu erzielen. Wir sind auf dem richtigen Weg und werden beim Budget erneut darauf zurückkommen müssen.

Meine zweite Frage geht an das Finanzreferat: Ich habe mit Interesse gehört, dass eine Arbeitsgruppe in Bezug auf die weitere Planung der städtischen Finanzpolitik gebildet wurde. Es würde mich sehr interessieren zu erfahren, wie diese Arbeitsgruppe personell bestückt ist. “

SR Veronika Heller

Stellungnahme Stadtrat

”Das vergangene Jahr hat der Stadt Ergebnisse in der Jahresrechnung beschert, die erfreulich sind. Auf den ersten Blick in die umfangreichen Unterlagen mag erstaunen, dass

- der Aufwand Fr. 13 Mio. höher ist als budgetiert, im Gegenzug
- die Einnahmen das Budget um Fr. 17 Mio. übertreffen.

Das hat nichts mit nachlassender Budgetdisziplin zu tun, diese ist nach wie vor sehr gut, es hat – wie immer – mit ganz unterschiedlichen Faktoren zu tun, die das Ergebnis im Laufe des Jahres beeinflusst haben.

Positive Einflüsse wie zum Beispiel:

- Erfreuliche Konjunktur
- Mehrheitlich gute Jahresabschlüsse der in Schaffhausen ansässigen Firmen
- Insgesamt um Fr. 7,5 Mio. höhere Steuereinnahmen
- Anteil an Gold der Nationalbank von Fr. 8,8 Mio.

Aber auch negative Einflüsse sind zu verzeichnen, der GPK-Präsident hat diese bereits erwähnt:

Trotz seit 1989 unverändertem kantonalem Finanzhaushaltgesetz mussten erstmals die Darlehenszinsen periodengerecht abgegrenzt werden, was mit Fr. 3,4 Mio. die Liquidität nicht beeinträchtigt, aber das Ergebnis entsprechend beeinflusst, allerdings nur dieses eine Mal.

Bei der sozialen Wohlfahrt ist der Aufwand um Fr. 1,6 Mio. höher als im Voranschlag, die Stadt musste Fr. 75'000.-- oder 10 % mehr als budgetiert an den innerkantonalen Finanzausgleich bezahlen. Das sind Kosten, die wir immer wieder analysieren, um allfällige Beeinflussungsmöglichkeiten zu finden. Aber hier ist nicht nur die kommunale Ebene die handelnde, sondern wir haben auch Vorgaben von Bund und Kanton.

Wie Sie sehen, überwiegen die positiven Nachrichten. Das hat der Stadt auch erlaubt, mit ausserordentlichen Abschreibungen von Fr. 5,9 Mio. etwas besser als bisher für die Zukunft gerüstet zu sein.

Das Eigenkapitalkonto weist nun rund Fr. 7 Mio. Franken aus. Verglichen mit einer Bilanzsumme von über Fr. 200 Mio. ist das immer noch viel zu wenig und noch lange kein Polster, sondern eher ein Schutzhäubchen.

In finanzpolitischer Hinsicht will der Stadtrat die sogenannte Drittelsregelung weiter verfolgen. Das hat er insbesondere auch an seiner Klausur im März 2007 erneut bekräftigt.

Im vergangenen Jahr ist es gelungen, einen weiteren markanten Abbau der ungedeckten Schulden zu erzielen (2005: rund 10%; 2006 11,4%).

Die zukunftsgerichteten Investitionen haben noch nicht den gewünschten Level erreicht, sind aber – mit all den Projekten, die unterwegs sind – auf gutem Wege.

Eine Reduktion des Steuerfusses hat der Stadtrat im Dezember um einen Punkt beantragt. Das Parlament wollte mehrheitlich mehr und hat drei Punkte durchgesetzt. Heute scheint das nicht allzu schlimm. Ob das in 3 oder 4 Jahren auch noch so ist, wage ich – trotz guter Konjunktur – heute nicht zu prognostizieren.

Die Stadt Frauenfeld hat ab dem Moment, als der Halbstudentakt nach Zürich eingeführt wurde, einen wahren Boom erlebt, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in Bezug auf die Zunahme der Bevölkerung. Bei uns stagnieren die Bevölkerungszahlen und der Doppelspurausbau, damit auch der Halbstudentakt, und lassen nach wie vor auf sich warten. Das ist das eine, das andere ist der drohende Verlust der positiven Anreize des sogenannten „Bonny-Beschlusses“ für den Kanton Schaffhausen, der uns keine rosigen Zukunftsaussichten bescheren wird.

Die Investitionen wurden bereits erwähnt. In den letzten 11 Jahren hat die Stadt in Bauvorhaben, die jeweils über eine Million kosteten, Fr. 158,3 Mio. investiert, oder rund Fr. 14 Mio. pro Jahr.

Der Stadtrat erachtet die antizyklische Investitionstätigkeit nach wie vor als wesentlich. Er wird weiterhin zukunftssträchtige, nachhaltige Investitionen fördern – getreu der Drittelsregelung – aber auch darauf achten, dass diese im Rahmen des Vertretbaren bleiben, die Stadt finanziell nicht auf zu grossem Fusse lebt und für schlechtere Zeiten gerüstet ist.

Die Entwicklung der ungedeckten Schuld über die letzten 10 Jahre zeigt Folgendes:

Mit der antizyklischen Investitionspolitik in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hat die ungedeckte Schuld von 1997 bis 2000 stetig zugenommen. Das wegen

ausserordentlichen Steuereingängen sehr gute Jahr 2001 hat dann erstmals einen Abbau ermöglicht. Nachher hat die ungedeckte Schuld wieder zugenommen, aber nur noch auf das Niveau der späten 90er-Jahre; ab dem Jahre 2004 hat sie stetig abgenommen und ist nun zwischen 2005 und 2006 um 11,4% von Fr. 60,3 auf Fr. 53,4 Mio. zurückgegangen, beziehungsweise von Fr. 1'771.20 pro Kopf der Bevölkerung auf Fr. 1'569.08 gesunken.

Ist nun alles paletti, wir freuen uns über das gute Ergebnis und schauen vertrauensvoll nach vorne? Das wäre ziemlich naiv. Auch wenn die Auguren der KOF und des SECO ihre Prognosen kürzlich wieder nach oben angepasst haben, so ist nicht nur eitel Sonnenschein zu erwarten.

Die Konjunktur ist wie bereits mehrfach erwähnt, erfreulich und zeigte sich 2006 vor allem in den erhöhten Steuereinnahmen der juristischen Personen, die Steuereinnahmen der natürlichen Personen stagnieren, die gute Stimmung der Konsumenten trägt einiges zum bisher anhaltenden Aufschwung bei, aber der wirtschaftliche Aufschwung, der vorwiegend auf Konsum beruht, ist unter Umständen nicht sehr stabil, weil sich das Blatt jederzeit wieder wenden könnte.

Die Arbeitslosenzahlen von Schaffhausen liegen unter dem schweizerischen Durchschnitt, genaue Zahlen für die Stadt sind aus angeblich technischen Gründen nach wie vor nicht extra erhältlich.

In einem Punkt bleibt mir noch ein Nachtrag, der sich erst heute ergeben hat. Die Rechnung der Stiftung Impuls ist vom Stiftungsrat noch nicht abgenommen, weil einige interne Abgrenzungen der Verrechnung zu klären sind. Ich bitte Sie deshalb, die Rechnung der Stiftung Impuls dennoch zur Kenntnis zu nehmen, dies unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Stiftungsrates, die Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt zur Kenntnisnahme zugestellt wird.

Nun möchte ich noch kurz auf einige Bemerkungen eingehen. Es ist natürlich sehr schön, dass alle Parteien bereit sind auf die Rechnung einzutreten und diese abzunehmen. Es ist trotzdem ganz klar, dass wir uns den Herausforderungen der Zukunft stellen müssen; es ist nicht selbstverständlich, dass es relativ gut geht und das Umfeld wird auf Störfaktoren mit verstärkten Anstrengungen reagieren. Wir müssen die Entwicklung stark im Auge behalten.

Bezüglich Einsatz einer internen Arbeitsgruppe kann ich Ihnen mitteilen, dass dem Stadtrat ein entsprechender Bericht bereits vorliegt, aber dieser wurde vom SR noch nicht abschliessend beraten. Deshalb möchte ich heute noch keine Details bekannt geben. Sie werden jedoch zu gegebenem Zeitpunkt entsprechend informiert werden.

Die WoV-Abteilungen finden Sie auf Seite XXV. Der GPK-Präsident hat die Ergebnisse entsprechend erläutert und die übrigen Mitglieder der GPK haben ebenfalls ihre Kommentare abgegeben.

Die Beratungen der GPK hat der Präsident bereits ausführlich dargelegt. Die Sitzungen sind sachlich verlaufen. Dafür danke ich allen Beteiligten. Ganz besonders danke ich jedoch den Mitarbeitenden der Stadt. Sie haben auch im vergangenen Jahr zusammen mit dem SR sehr viel geleistet, motiviert gewirkt und die Stadt wieder einen Schritt weitergebracht.

Im Namen des Stadtrates beantrage ich Ihnen, auf die Rechnung 2006 einzutreten.

In der Detailberatung werden die Mitglieder des Stadtrates allfällige Fragen ihrerseits beantworten. “

SR Peter Käppler**Stellungnahme zu Fragen**

”Ich erlaube mir an der Rechnungsdebatte auf die Fragen von GrSR Dr. Raphaël Rohner einzugehen, obwohl das Thema eigentlich nicht zur Rechnung, sondern eher zu einer Fragestunde des Parlamentes mit dem Stadtrat gehört.

Das Thema gehört insofern zur Rechnung, weil wir mit dem Gewinnen von Neuzuzügern in Schaffhausen auch höhere Steuereinnahmen generieren. Es ist auch unschwer feststellbar, dass sich die Strategie des Stadtrates darauf ausrichtet und mit verschiedenen Planungsprojekten den Wohnort Schaffhausen unterstützend stärken möchte. Die Stadt arbeitet mit Hochdruck und in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung daran, mit dem Ziel, die planerischen Voraussetzungen für zusätzlichen Wohnraum in Schaffhausen generieren zu können. Verschiedene Vorlagen haben Sie bereits erhalten oder durch die Presse erfahren, dass solche Projekte aufgegleist sind. Wir haben zwei Standorte, wo wir ansetzen können; einerseits, weil das Land der Stadt selbst gehört. Dort liegt es stark in der Hand der Stadt, in welche Richtung das weitere Vorgehen geht. Sie wissen, wie wir den Projektwettbewerb Bleiche entschieden haben; dort wird es rund 500 neue Einwohnerinnen und Einwohner geben. Die geplanten, nicht gerade billigen Wohnungen werden einem urbanen Publikum sehr entsprechen. Andererseits sind wir daran, uns Gedanken über das Lindli zu machen, dem heutigen Standort des Werkhofes des Gas- und Wasserwerks Schaffhausen. Mit der Verlegung des Werkhofes könnte dieses Areal freigespielt werden, damit neuer Wohnraum entsteht. Wir sind in diesem Vorhaben einen kräftigen Schritt weitergekommen.

Die Stadt arbeitet ebenfalls daran, die Bedingungen für die Ausschreibung des Gebietes Urwerf festzusetzen. Hier stossen wir an die Kompetenzen des Parlamentes. Wir wünschten uns, dass die Vorlage *Änderung der Stadtverfassung* schneller vorwärts geht, weil es schwierig ist, ein solches Grundstück in einer Volksabstimmung an den Markt abzugeben.

Auch bezüglich privater Grundstücke ist einiges am Laufen, zum Beispiel die Zonenplanänderung Nr. 2 Mühletal, wo die Entstehung von weiteren 250 Wohnungen geplant ist. Hier ärgert es mich besonders, dass es von der Einreichung der Vorlage bis zu ersten Kommissionssitzung drei Monate dauert. Es finden aber auch Gespräche mit privaten Eigentümern von Wohnland statt, damit wir sie bewegen können, bereits eingezontes Land (zum Beispiel in Buchthalen) für eine weitere Entwicklung freizugeben.

Die Stadt arbeitet wirklich an allen Fronten und mit hohem Tempo. Ich stelle ernüchert fest, dass es im planerischen Bereich manchmal trotz aller Bemühungen nicht vorwärts geht, weil vielfach Private oder Nachbarn über eine Bautätigkeit nicht begeistert sind. Andererseits haben wir auch vom kantonalen Planungsamt Signale erhalten, nicht so forsch mit Zonenplanänderungen vorzugehen, zumal gerade eben ein neuer Zonenplan verabschiedet worden sei. Trotzdem hoffe ich, dass der Kanton weiterhin Verständnis für unsere Anliegen zeigen wird.

Ich kann Sie insofern beruhigen - obwohl ich nicht beruhigt bin - dass wir weiterhin mit Hochdruck an allen Fronten tätig sind. Das von Ihnen erwähnte Anliegen findet unsere volle Unterstützung, leider gibt es in der täglichen Arbeit gewisse Barrieren,

die wir nicht so einfach beeinflussen können. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest wie folgt:

LEISTUNGSaufTRAG PILOTABTEILUNGEN WoV-JAHRESBERICHT 2006,
Übersicht, Seite 05: Keine Wortmeldungen.

Leistungsauftrag Altersheim Steig, Seiten 7-17: Keine Wortmeldungen
Leistungsauftrag Stadtarchiv, Seiten 19-29: Keine Wortmeldungen
Leistungsauftrag Stadtgärtnerei/Friedhöfe, Seiten 31-41: Keine Wortmeldungen
Leistungsauftrag Steuerverwaltung, Seiten 43-55: Keine Wortmeldung

Allgemeine Wortmeldung von Erwin Sutter (EDU), Steuerverwaltung:

”Auf Seite 44, Steuern natürliche Personen, figurieren die Prozente der periodengerechten Veranlagung. Erfreulich dazu ist zu sagen, dass wir mit 87% im Jahre 2006 auf einer akzeptablen Grössenordnung angelangt sind; die Vorjahre 2003 und 2004 lagen wesentlich tiefer. Auch auf Seite 45, beim Kostendeckungsgrad kann eine positive Entwicklung gegenüber den Vorjahren festgestellt werden, vor allem auch beim Steuerinkasso, welches sich auf mehr als Fr. 1,3 Mio. beläuft und den Kostendeckungsgrad entsprechend angehoben hat. Auf der anderen Seite sind die Personalkosten gemäss Kommentar auf Seite 49 gesunken, das heisst das Ergebnis wurde sogar mit weniger Personal ausgeführt. Da es möglich ist, Steuerveranlagungen auch elektronisch einzureichen, müsste dies eigentlich den Effekt haben, dass die Steuerverwaltung weniger personalintensiv prüfen muss oder kann. Ich kann diesen Trend nur unterstützen; grundsätzlich sind Steuerveranlagungen auch heute noch viel zu komplex. Diese müssten noch viel einfacher zu handhaben sein, und eines der Tools dazu ist die zur Verfügung stehende CD. Die Performance der Steuerverwaltung ist deutlich besser geworden und der Druck des Waldhauses hat bestimmt auch dazu beigetragen. Ich kann nur sagen: Weiter so und erwarte auch für das Budget 08 gute Zahlen. Mein Dank und meine Gratulation gehen somit an die Steuerverwaltung. “

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen, die Beratung der WoV-Pilotabteilungen ist somit abgeschlossen.

DETAILBERATUNG

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest die **JAHRESRECHNUNG 2006 DER EINWOHNERGEMEINDE SCHAFFHAUSEN** wie folgt:

IV. Laufende Rechnung, Seiten 17 - 113

Wortmeldungen Marianne Schwyn (SP), zu Seite 98:

7890 Umweltschutz

366.205 Förderung von alternativen Energieerzeugungsanlagen und

verbrauchsabhängige Heiz- und Warmwasserabrechnung :

"Wenn ich die sehr klein gedruckten Zahlen auf Seite XII richtig interpretiere, wurden in den letzten Jahren vergleichsweise hohe Rückstellungen gemacht und die Förderbeiträge wurden nicht im budgetierten Mass abgeholt. Inwieweit hat sich dies verändert? Werden die budgetierten Förderbeiträge inzwischen ausgeschöpft? Meiner Meinung nach mangelt es dem Förderprogramm für alternative Energieerzeugungsanlagen an Bekanntheit. Wenn man beispielsweise via Internet Informationen dazu sucht, und dabei muss man bereits wissen, dass ein derartiges Förderprogramm besteht, erhält man nur Hinweise auf das Förderprogramm Energie des Kantons. Wie könnte man das städtische Förderprogramm besser bekannt machen? Inwieweit gibt es Bestrebungen, die Beantragung von Fördergeldern bei der Stadt und beim Kanton zu koordinieren und zu vereinfachen? "

SR Peter Kämpfer:

"Dies sind spannende Fragen zu einem wichtigen Thema. Vor dem Hintergrund des Klimaschutzes sind wir selbst daran interessiert, Gelder, die im Förderprogramm zur Verfügung stehen, zu beziehen. Über dieses Konto laufen einerseits die Förderung von alternativen Energieerzeugungsanlagen, andererseits auch die Förderung von Grob- und Detailanalysen von Gebäuden (zum Beispiel Infrarotaufnahmen, damit der Gebäudebesitzer die Schwachstellen kennt). Die Budgetposition setzt sich so zusammen, dass einerseits Fr. 100'000.-- für den Bereich Kleinanlagen und energetische Gebäudeanalysen reserviert sind, zusätzlich werden Fr. 40'000.-- für alternative Grossanlagen budgetiert, sofern diese zum Zeitpunkt der Budgetierung bereits bekannt sind. Warum werden diese Gelder nicht ausgeschöpft? Die Kostengutsprache wird erst bei Einreichen einer Baubewilligung gemacht, die Auszahlung der Förderbeiträge erfolgt erst dann, wenn die Anlage betriebsbereit und kontrolliert ist, ob diese ihren Zweck auch erfüllt. Deshalb muss das Geld in den Rückstellungen deponiert werden. Konkret auf die RE06 bezogen bedeutet dies, dass die Abrechnung der Holzschnitzelanlage der Cilag erst im Jahr 2007 erfolgt und das Geld solange zurückgestellt wird.

Zur Frage des Bekanntheitsgrades des Förderprogramms: Für den Bereich der Gebäudesanierung kommt hauptsächlich das kantonale Programm zum Tragen. Wir fördern andere Bereiche in Ergänzung zum kantonalen Programm. Wenn Baugesuche mit Energiesparanlagen bei uns eingereicht werden, werden die Gesuchsteller darüber informiert, dass sie noch ein weiteres separates Gesuch zu stellen haben. Die meisten Baufachleute unserer Region kennen das Förderprogramm und klären dementsprechend darüber auf. Es finden auch jährliche Informationsveranstaltungen oder Aktionen statt, um auf die Programm aufmerksam zu machen, zum Beispiel vom Energiepunkt der Städtischen Werke und von der Arbeitsgruppe KOMENG (Kommunale Energiegruppe). Wir werden gerne prüfen, ob noch zusätzliche Möglichkeiten bestehen. Die Gelder werden auf jeden Fall ausgeschöpft. "

Josef Eugster (SVP):

"Ich habe eine Frage zu: 0.5% Baubeitrag an Fonds zur Förderung der Altstadt und möchte wissen, welchem Konto diese Beträge zugeschrieben werden, wann es eingezogen wird und wie viel Geld bereits eingegangen ist? "

Stadtpräsident Marcel Wenger:

"Die erste Frage kann ich damit beantworten, dass es sich um freiwillige Beiträge handelt, die wir erstmals mit der Bauherrschaft von Aldi/GVS vereinbart haben. Diese Zusage liegt schriftlich vor und wird von uns nach der definitiven Projektabrechnung

in Rechnung gestellt. Das Konto ist wie folgt: 8300 365.919 Konto, Beiträge zur Förderung der Einkaufs- und Tourismusstadt Schaffhausen, als Gegenposition zu Fr. 50'000.-- Einnahmen, die der SR, beziehungsweise der GrSR für die Förderung der Altstadt gesprochen hat. Wir haben ein zweites Vorhaben (Fussball), wo ebenfalls Verhandlungen auf freiwilliger Basis mit der Bauherrschaft geplant sind. Mit diesen finanziellen Mitteln sind Förderungsaktivitäten in der Altstadt geplant, eine Arbeitsgruppe erarbeitet zusammen mit der Wirtschaftsförderung einen Massnahmenkatalog, welcher von der GPK bereits erwartet wird und das inzwischen eingetroffene "rollende Konzeptpapier" werde ich einer der nächsten GPK-Sitzungen vorlegen. "

Josef Eugster (SVP):

"Ich kann das Votum von Stadtpräsident Marcel Wenger nicht nachvollziehen und möchte nähere Auskunft darüber. Es gibt ja auch noch verschiedene andere Bauvorhaben, die ausserhalb der Altstadt liegen oder teilweise bereits abgeschlossen sind. "

V. Investitionsrechnung, Seiten 115 -131:	Keine Wortmeldungen
VI. Verpflichtungskreditkontrolle, Seiten 135-143:	Keine Wortmeldungen
VII. Spezialfinanzierungen, Seiten 146-157:	Keine Wortmeldungen
VIII. Stiftungen und Legate, Seiten 160-172:	Keine Wortmeldungen
IX. Spezialverwaltungen, Seiten 175-208:	Keine Wortmeldungen
X. Stiftung Impuls, Seiten 210-217:	Keine Wortmeldungen
XI. Betriebe, Seiten 221-262:	Keine Wortmeldungen
I. Bestandesrechnung, Seite 3:	Keine Wortmeldungen
II. Gesamtergebnis, Seite 7:	Keine Wortmeldungen
III. Sachgruppenstatistik, Seiten 11 - 14:	Keine Wortmeldungen
Bericht des Stadtrates der Stadt Schaffhausen an den Grossen Stadtrat zur Rechnung 2005, Seiten I - XIV:	Keine Wortmeldungen
Grafiken und Kennzahlen, Seiten XVI - XXV:	Keine Wortmeldungen.

Der **Ratspräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, stellt fest, dass kein Rückkommensantrag gestellt wird.

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest anschliessend die **Anträge des Stadtrates, Seite XXVI**, wie folgt:

ANTRÄGE

1. Die vorliegende Rechnung 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
2. Die Mehrausgaben in Höhe von Fr. 70'000.-- für die Defizitdeckung der Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft KSS (Pos. 3480.364.000) werden genehmigt.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Jahresrechnung 2006 der Einwohnergemeinde Schaffhausen sowie der WoV-Pilotabteilungen mit **44 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Stadtpräsident Marcel Wenger informiert das Plenum, dass er mit **Josef Eugster (SVP)** die gestellten Fragen in einem persönlichen Gespräch erneut aufnehmen werde. Weitere Detailinformationen wie die bereits präzisierten seien nicht vorhanden und werden somit auch nicht zuhanden des Protokolls nachgeliefert. Der von Aldi/GVS in Aussicht gestellte Betrag im Umfang von 0,5% der Bausumme sei noch nicht eingetroffen, weil das Bauvorhaben im Jahr 2006 noch nicht abgeschlossen wurde.

Josef Eugster (SVP) erklärt sich damit einverstanden.

Der **Ratspräsident** stellt im Anschluss den **Geschäftsbericht des Stadtrates 2006** sowie den **Finanzplan 2007** zur Kenntnisnahme. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Walter Hotz (FDP)

Votum

"Zum Titelbild des Geschäftsberichtes 2006: Ich möchte dem Stadtrat für die sehr bildliche Darstellung des Giesskannenprinzips herzlich danken. "

SCHLUSSWORT

Der **Ratspräsident, Alfred Tappolet (SVP)**, verliest das Rücktrittsschreiben vom 04.06.07 von Marlies Besio (CVP) wie folgt:

"Drei Jahre und ein bisschen weiser ..."

So könnte ich meine Jahre im Grossen Stadtrat betiteln. Als ich im März 2004 mein Amt als Grossstadträtin übernahm, war für mich Politik fast noch ein Fremdwort. Bald schon aber befasste ich mich mit den vielfältigsten Themen und durfte auch ab und zu persönlich zu den Traktanden Stellung nehmen. Als Zuzügerin vor Jahrzehnten habe ich so Schaffhausen und die lokale Mentalität besser kennen gelernt.

Da ich vor allem für eine sachorientierte Politik bin, hatte ich manchmal etwas Mühe mit den kleinen Machtspielchen zwischen den Parteien. Andererseits gab es durchaus rhetorisch spannende, zuweilen unterhaltsame Wortgefechte.

Ein gut überlegter, aber doch gewagter Entschluss war, als meine Kollegin und ich uns entschlossen, keiner Fraktion mehr anzugehören. Vor allem vermisste ich die Mitwirkung in den Kommissionen. Es bedeutete intensive Mehrarbeit und volles Engagement, denn es ist wichtig, zu jedem Thema auch die Meinung der CVP zu vertreten. In einigen Monaten werde ich das Pensionsalter erreichen und - nach reiflicher Überlegung, mit einem lachenden und einem weinenden Auge - werde ich mich 2008 nicht mehr zur Wahl stellen.

Damit meine Nachfolgerin sich bis dahin gut einarbeiten kann, stelle ich mein Amt

bereits jetzt zur Verfügung und werde am Dienstag, 26. Juni 2007 zum letzten Mal an einer Ratsitzung teilnehmen.

Ich möchte mich bei allen hier im Rat für die immer faire Behandlung, die lieben und freundlichen Worte, herzlich bedanken. Vor allem aber gilt meine grosse Wertschätzung meiner Kollegin, Theresia Derksen, die mich von Anfang an mit viel Einfühlungsvermögen und immer aufmunternd unterstützte.

Allen hier im Saal wünsche ich viel Erfolg, alles Gute, privat, beruflich und auch politisch.

Würdigung der politischen Tätigkeit von Marlies Besio (CVP):

Marlis Besio hat seit den letzten Wahlen Einsitz für die CVP in unseren Rat genommen; anfänglich noch als Mitglied der FDP/jfsh-Fraktion, später haben sich unsere CVP Frauen selbständig gemacht. Wie du schreibst, war dieser Entschluss nicht einfach für euch. Trotzdem zählten eure Stimmen bei umstrittenen Geschäften zu den wichtigsten im Rat. Marlis Besio hat stets engagiert und kompetent, und - was wir an ihr sehr schätzten - auch unabhängig entschieden. Ihre persönliche Meinung war ihr sehr wichtig, und sie hat diese auch eingebracht. Es freut mich, dass der Frauenanteil in unserem Rat durch den Rücktritt nicht geschmälert wird. Marlis Besio hat auch in vier Spezialkommissionen mitgewirkt und dort ihre Meinung eingebracht.

Wir wünschen Marlis Besio eine etwas ruhigere Zeit und hoffen, dass sie ihre Pension in vollen Zügen geniessen kann.

Als Nachfolgerin hat der Stadtrat **Gertrud Distel von der CVP** als gewählt erklärt.

Neu eingegangenes Geschäft:

Kleine Anfrage von Simon Stocker (AL): Standaktion der NAGRA auf dem Fronwagplatz vom 21.06.07

Besetzung verschiedener Spezialkommissionen:

SPK Vorberatung *VdSR Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone Vorderes Mühletal und Zonenplanänderung Nr. 1 Vorderes Mühletal (Teilflächen von GB Nr. 1700 und GB Nr. 1665)* vom 29.05.07, einladende Fraktion SP/AL:

SP/AL-Fraktion: Andres Bächtold, Christian Hablützel, Wilhelm Hefti, Marianne Schwyn

FDP/jfsh-Fraktion: Martin Egger, Thomas Hauser

SVP/JSVP/EDU-Fraktion: Josef Eugster, Dr. Cornelia Stamm Hurter, Alfred Zollinger

OeBS/EVP-Fraktion: Alfons Cadario, Martin Roost

Erste Sitzung: 05.09.07, 17.00 Uhr

SPK Vorberatung *Abgabe der Liegenschaft "Logierhaus" auf GB Nr. 5736 im Baurecht an die International School of Schaffhausen* vom 08.05.07, einladende Fraktion SVP/JSVP/EDU:

SVP/JSVP/EDU-Fraktion: Paul Dill, Edgar Zehnder, Werner Schöni

FDP/jfsh-Fraktion: Dieter Amsler, Katrin Hauser-Lauber, Nihat Tektas

SP/AL-Fraktion: Urs Fürer, Christian Hablützel, Mariann Keller, Urs Tanner, Simon Stocker

Erste Sitzung: 20.08.07, 18.00 Uhr

Die nächste Ratssitzung wird am 21.08.07, 17.00 Uhr, stattfinden. Der diesjährige Ratsausflug findet - wie bereits angekündigt – eine Woche später, am 28. August 07 statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 21:24 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt